Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Neunzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 859.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 6. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung.

Berlin, 5. Dez. Am Ministertische: von Puttkamer, von Scholz, v. Bötticher.

Die Bänke des Hauses sind gut besetzt, die Tribünen überfüllt.

Präs. v. Köller eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des folgenden vom Abg. Dr. Stern eingebrachten Antrages:

die königliche Staatsregierung zu ersuchen, den beiden Häusern des Landtages im Laufe der jetzigen Legislaturperiode Vorlagen zu machen, durch welche unter Abänderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die öffentliche Stimmabgabe bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause und zu den Kommunalvertretungen beseitigt und durch geheime Abstimmung ersetzt wird.

Abg. Dr. Stern: Seit Jahren ist keine Session vergangen, ohne daß zahlreiche Petitionen in Bezug auf die Frage, die ich hier anrege, an das Haus gelangt sind, meist wurden sie in der Kommission begraben und im Plenum sagte Herr Gneist gelegentlich einer solchen Petition, daß man Verfassungsfragen nicht auf bloße Petitionen hin, sondern nur auf Grund von Initiativ-Anträgen seitens der königlichen Staatsregierung entscheiden solle. Es wurde in jener Debatte allgemein zugestanden, die Frage sei keine Parteifrage, sondern eine solche, die alle Parteien in gleicher Weise berühre. Die Abweisung der Petition geschah also in Rücksicht auf die Wichtigkeit, in der Frage selbst ist eine Entscheidung nicht getroffen worden; das Haus ist jetzt in der Lage, eine Entscheidung zu treffen. Die königliche Staatsregierung verhielt sich dilatorisch, der Regierungskommissar erklärte sich weder für das Fortbestehen der öffentlichen Abstimmung noch für Einführung der geheimen; er machte geltend, die Frage sei nur im Zusammenhang mit der ganzen Wahlreform zu lösen. Ich hätte meinen Antrag lieber weiter ausgedehnt und die Einführung des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung, sowohl für den Landtag als auch — mit Einschränkung auf mindestens zweijährig eingesessener Bürger — für die Kommunalwahlen verlangt. (Hört! rechts.) Die Zusammensetzung des Hauses aber muß mir abrathen, so weitgehende Reformfragen anzuregen, da ein solcher Antrag, wenn ich nicht lediglich agitatorische Politik treiben wollte — und nichts liegt mir ferner — gar keine Aussicht haben würde. Mein Antrag ist keine Frage der Parteien, aber er ist dringlich und kann ohne die weitgehende Reform und vor derselben erledigt werden. Bei Auferlegung dieser Selbstbeschränkung habe ich „nach berühmten Mustern" gehandelt. Wenn Herr Windthorst den Antrag auf Freigebung der Seelsorge von den maigesetzlichen Strafbestimmungen stellt, so ist das durchaus nicht sein volles Programm, er behält sich alles Weitere vor, aber er sagt sich, hier will ich eingreifen, hier liegt ein Nothstand vor, der vor Allem beseitigt werden muß. So ist es auch mit der geheimen Abstimmung bei den Wahlen; auch hier ist ein Nothstand, der im Lande tief empfunden wird, wie zahlreiche Petitionen bewiesen haben. Ich habe zu begründen, daß wirklich ein besonderer Nothstand besteht und zweitens daß, soweit es möglich ist, die Einführung der geheimen Stimmabgabe geeignet ist, diesem Nothstande abzuhelfen. Die seit Dezennien ventilirte Frage, ob öffentliche oder geheime Abstimmung wird theoretisch nicht zum Austrag kommen, weil auf beiden Seiten gewichtige Gründe vorhanden sind. Man sagt auf der einen Seite, in der öffentlichen Abstimmung muß Jeder frei bekennen, was seine Ueberzeugung ist, und das soll der Mann. Die praktische Erfahrung des Lebens aber sagt, nein, das kann er nicht, oder nur in seltenen Fällen, und wenn er es kann, so thut er es nicht immer, weil er ein Mensch ist, behaftet mit den Schwächen, die der Natur einmal eigen sind. Die Wahlen sollen den Ausdruck der wirklichen Ueberzeugung sein; kommt die wahrhafte Ueberzeugung bei der öffentlichen Stimmabgabe wirklich zum Ausdruck? Diese Frage ist entscheidend, und wer die Erscheinungen des letzten Jahrzehnts beobachtet hat, wird sie entschieden verneinen. (Sehr richtig! links.) Die öffentliche Stimmabgabe ist nicht das, was sie sein soll, eine Kontrolle der Wahrheit des Mannes, sondern eine Kontrolle der Unwahrheit des Mannes, und das ist mit den Jahren immer schlimmer geworden und mußte schlimmer werden. Auf der einen Seite steigt mit der Macht der Regierung auch der Einfluß, den sie, sei es absichtlich, sei es unwillkürlich, auf diejenigen ausübt, die in irgend einem Zusammenhange mit ihr stehen; andererseits haben sich die sozialen Gegensätze bedeutend verstärkt; drittens sind die politischen Gegensätze in einer Weise schroff gegen einander geworden, daß ein Kampf an der Wahlurne jetzt fast ein Kampf um die Existenz ist. Die öffentliche Stimmabgabe bewirkt nun, daß auf der einen Seite Hoffnungen sich regen, auf der anderen Befürchtungen vor Nachtheilen. Ich will nicht sagen, daß diese Hoffnungen und Befürchtungen berechtigt sind, aber ihr bloßes Vorhandensein schon übt dieselbe Wirkung. Der Wähler, der im Bann der Furcht steht, durch ein offenes Bekenntniß seiner politischen Gesinnung etwas einzubüßen, oder der Hoffnung, durch eine öffentliche Kundgebung etwas zu gewinnen, handelt ebenso unwahr, als wenn ihm wirklich Vortheile oder Nachtheile bevorstehen. Daß große Schichten der Bevölkerung unter diesem Banne stehen, zeigen die öffentlichen Abstimmungen. Ich weiß, daß gesündigt wird an allen Stellen, daß, wo die Macht ist, auch die Versuchung nahe liegt, diese Macht zu mißbrauchen, und daß die Menschen immer dieser Versuchung mehr oder minder erliegen werden. Ich schuldige Niemanden an, aber ich wende mich gegen das Institut dieser öffentlichen Abstimmung selbst. Die Macht der Regierung hat sich vermehrt durch den Eindruck, den der königliche Erlaß vom 4. Januar 1882 gemacht hat; andererseits ist sie gestiegen durch die zunehmende Verstaatlichung der Eisenbahnen. Andererseits hat die Großindustrie, hat das Kapital auch die Neigung, einen Druck auf die von ihnen Abhängigen auszuüben. Wer den Wahlen der letzten Jahre gefolgt ist, wird bemerkt haben, daß auch noch in anderer Beziehung die öffentliche Abstimmung eine schlimme Wirkung ausübt. Diejenigen Wähler, die wirklich etwas auf freie Ueberzeugung halten, sich aber nicht trauen, ihr Ausdruck zu geben, bleiben notorisch der Wahlurne mehr und mehr fern, und es gelingt bei Landtags- und Kommunalwahlen nur mit Mühe, kaum die Hälfte des Prozentsatzes der Wähler zur Urne zu bringen, wie bei den Reichstagswahlen. Und welche Wähler sind es, die an der Urne erscheinen? Nicht die, die öffentlich ihre Ueberzeugung bekennen, sondern diejenigen, die unter einem wirklichen oder vermeintlichen Drucke stehen. Man muß es bei den Wahlen der dritten Klasse sehen, wenn die Beamten herankommen, man muß sie bedauern, wenn sie an den Tisch traten und kaum wagen, den Namen des Kandidaten der Regierungspartei zu nennen (Lachen rechts), so daß der Vorsitzende sie auffordern muß, lauter zu sprechen. Wenn Sie einmal in die Augen eines solchen Mannes geblickt haben, dann werden Sie die Verhältnisse zu beurtheilen wissen. Man soll über solche Leute nicht spotten. Mir hat mancher gesagt, glauben Sie nicht, daß ich für den Gegner Ihrer Partei gestimmt haben würde, wenn ich frei gewesen wäre; aber wenn ich es thue, so bleibt vielleicht die Weihnachtsgratifikation aus, auf die die Frau schon rechnet. (Sehr wahr! links.) Wir hören auch bei den Reichstagswahlen Klage über Beeinflussungen, allein das liegt nur an der Modalität, und es lassen sich Einrichtungen treffen, die den Uebelstand auf ein Minimum beschränken. Ich habe aber davon Abstand genommen, bestimmte Modalitäten vorzuschlagen, damit man sich nicht gerade an diese besonderen Modalitäten hängt. Ich behaupte also, daß die geheime Abstimmung in der That dazu führen kann, dem angedeuteten Nothstande nach Möglichkeit abzuhelfen, und ich behaupte ferner, daß es leicht angänglich ist, auch im Rahmen der bestehenden Wahlgesetzgebung, die geheime Abstimmung an Stelle der öffentlichen zu setzen. Herr Gneist hat am 9. Februar 1881 hier geäußert, die geheime Abstimmung greife in die Verfassung ein. Das ist nicht der Fall, wie damals schon vom Abg. Hähnel gesagt worden ist. In der Verfassung steht von geheimer oder öffentlicher Wahl gar nichts, die öffentliche Abstimmung ist ein Produkt der Verordnung von 1849, und wir können den gesetzgeberischen Weg der Veränderung vornehmen ohne daß die Verfassung berührt wird; nichts ist leichter, als die Wahlordnung in unserem Sinne abzuändern. Noch leichter, aber nicht minder dringend ist die Sache bei den Kommunalwahlen, bei diesen ist der Kampf der Parteien noch ärger, umsomehr als sie nicht auf politische Geschäftspunkte zugespitzt werden, welche die Leidenschaften entfesseln. Diese Erbitterung zu beseitigen, liegt in Aller Interesse. Bei allen Kämpfen, die wir auf politischem und sozialem Gebiete führen, wollen wir doch zu einem Frieden kommen, zu einer Ausgleichung. Von einem Verständniß der gegnerischen Parteien ist nicht mehr die Rede, wenn sie einander beschuldigen, solche Mittel im Wahlkampfe angewendet zu haben, wie sie leider vielfach vorkommen. Wie steht die Staatsregierung zu der Frage? In Bezug auf politische Wahlen hat sie sich noch nicht geäußert; aber wie steht es mit den Kommunalwahlen? Der Stadt Frankfurt a. M. wurde in der Diktaturperiode, welche der Annexion von 1866 folgte, von der königl. Staatsregierung eine Kommunalverfassung oktroyirt, in der die geheime Stimmenabgabe enthalten ist. (Hört! links.) Was man einer eroberten Stadt gönnt, das kann man doch wohl auch dem deutschen Lande gönnen! (Sehr richtig! links.) Denn eine eroberte Stadt scheint doch lange nicht so vertrauenerweckend bezüglich der Handhabung ihrer politischen Rechte, als das eigene Land. Wir wählen also in Frankfurt geheim und gleich. Als im Jahre 1876 hier die Städteordnung vorgelegt wurde, was fand sich darin? Die geheime Abstimmung. Sie werden doch die Dynastie Eulenburg nicht für liberal halten, also auch ein konservatives Ministerium hat erklärt, die öffentliche Abstimmung gehört zu den Dingen, die nicht würdig sind, erhalten zu werden. Ich darf daher wohl erwarten, daß die Staatsregierung sich nicht ablehnend meinem Antrage gegenüber verhalten wird. Ich habe versucht, meinen Antrag sachlich zu begründen, ohne Jemanden zu beleidigen; aber die Bemerkung kann ich Ihnen nicht ersparen: Dilatorisch können Sie den Antrag nicht behandeln, mit Opportunitätsrücksichten und der Redewendung, es sei noch nicht an der Zeit, werden Sie heut nicht durchkommen. Sie werden Farbe bekennen müssen, ja oder nein, vor diese Frage will ich Sie heute stellen. (Bravo links.)

Minister v. Puttkamer: Ich erlaube mir, gleich nach dem Antragsteller das Wort zu ergreifen, um dem hohen Hause keinen Zweifel darüber zu lassen, welchen prinzipiellen Standpunkt die königliche Staatsregierung dem Antrage gegenüber einnimmt. Wenn der Herr Antragsteller betont hat, daß die bisherigen Aeußerungen der Regierungsorgane über die Frage der öffentlichen oder geheimen Stimmabgabe dilatorisch gelautet hätten, und wenn er am Schlusse seiner Ausführungen sich der Hoffnung hingab, daß die Regierung, nachdem der Antrag gestellt worden und sie sich ex professo damit beschäftigen muß, dem Antrag Widerspruch nicht entgegensetzen werde, so muß ich eine solche Voraussetzung als unzutreffend bezeichnen. (Bewegung und Heiterkeit links.) Die Regierung hat heute, wo sie dem Antrage auf Aenderung einer der wichtigsten Bestimmungen des Verfassungslebens gegenübersteht, allerdings die Pflicht, den dilatorischen Standpunkt aufzugeben und ihre wahre Meinung dem Hause darzuthun. Die Regierung wird dem Antrage des Herrn Abg. Stern nachdrücklichen Widerstand entgegensetzen. (Bravo! rechts.) Der Antrag ist ein wohlberechneter Vorstoß gegen eine der wichtigsten Bestimmungen unseres heutigen Verfassungslebens, und ich werde mir erlauben, etwas tiefer in die Sache einzugehen. Zu dem Ende möchte ich zunächst ein Charakteristikum hervorheben. Um das Wohlwollen des Hauses für den Antrag zu gewinnen, sagte Herr Abg. Stern, er wolle sich jedes Angriffs auf die Regierung oder irgend eine Partei enthalten, peccatur intra et extra, der Mißbrauch, der mit der Wahlbeeinflussung getrieben werde, sei keine Parteifrage. Allerdings ist es mir aufgefallen, daß der Antragsteller, während er versicherte, keinen Angriff gegen Andere richten zu wollen, es doch, wenn auch nur skizzenhaft aber in ausgiebigster Weise gethan hat. Er sagte, die Regierung hat einmal die große Macht in der Hand, und sie mißbraucht diesen Einfluß. Und wenn er erzählt, wie die Beamten gewissermaßen zur Wahlurne geschleppt werden und kaum im Stande sind, den Namen dessen herauszubringen, den sie gezwungen wählen (Heiterkeit), so ist das eine Darstellung des Verfahrens der Regierung, die nicht unwidersprochen bleiben darf. (Sehr wahr! rechts.) Ferner waren die bösen Großkapitalisten und Großgrundbesitzer erwähnt die von diesem faktischen Uebergewicht, so entsetzlichen Mißbrauch machen. (Sehr wahr! links.) Die böse Regierung auf der einen, die bösen Kapitalisten auf der anderen Seite, die Fortschrittspartei steht als unschuldsvoller Engel in der Mitte, sie weiß von gar nichts! (Heiterkeit! rechts.) Wenn Mißbrauch getrieben wird, so meine ich, hat die Fortschrittspartei ihr gerütteltes und geschütteltes Maaß daran (Sehr wahr! rechts). Sowohl, was die Anordnung von mechanischem Zwange, als die Verhetzung und Verläumdung anderer Parteien betrifft (Unruhe links). Ich frage Sie, was ist denn schlimmer, der Zwang gegen den Willen des Wählers oder die Korruption seiner Gesinnung (Gesteigerte Unruhe links). Was die Anwendung von mechanischen Zwangsmitteln auf die Wähler anbelangt, so würde ich umfangreiche Schilderungen davon machen können; ich will zunächst nur auf eine Wahlbewegung eingehen: auf die Kommunalwahlen. Da hat es der Fortschrittspartei gefallen, nicht nur den numerisch schwächeren Gegner zu überstimmen — das war ihr gutes Recht — nein, sie ist geradezu mit mechanischem Zwange gegen ganze Wählergruppen vorgegangen. Herr Virchow macht ein erstauntes Gesicht, aber gerade sein Wahlkreis bietet entschiedene Belege dafür, daß Wähler, welche auf Seiten der Fortschrittspartei gestanden haben, ihren Einfluß auf die arbeitenden Klassen gemißbraucht haben, um Wahlen in ihrem Sinne zu Stande zu bringen. Ich bin bereit, Ihnen aktenmäßiges Material vorzulegen (Unruhe links). Damit nicht genug, man hat auch im Kreise der städtischen Verwaltung — ich will nicht behaupten, daß es von der Spitze aus geschehen ist — ebenfalls in einer bedenklichen Weise einzuwirken gesucht. Wenn man also mit einem Aufwand sittlicher Entrüstung den Beweis dafür antritt, daß es nöthig sei, im Interesse der Freiheit der Wahlen die öffentliche durch die geheime Abstimmung zu ersetzen. Dann sollte man bei der Abmessung der Schuldfrage doch auch nicht so vornehm von oben herunter sprechen. Es erscheint mir dieser Antrag zunächst, als geächtet gegen unsere ganze moderne Staatsentwickelung. Die Oeffentlichkeit ist es, welche Alles beherrscht. Die Presse beleuchtet mit dem grellen Schein ihrer Blendlaterne jenes Gebiet des öffentlichen Lebens, hier im Parlament finden alle Angriffe hüben und drüben öffentlich statt und gerade bei demjenigen Akte des politischen Lebens, der ohne Widerspruch als wichtigster bezeichnet werden muß. Soll Alles verwandelt werden in ein anonymes Geheimniß. Das führt nur zur politischen Heuchelei. (Ruf links: Reichstag.) Gewiß, wir haben für die Wahlen zum Reichstage die geheime Abstimmung eingeführt, und es wird zu untersuchen sein, ob sich diese Institution bewährt hat. (Aha! links.) Ob sie nicht das Gegentheil von dem erreicht hat, was sie erreichen wollte. Nach den Erfahrungen, die der Regierung vorliegen, ist das in hohem Maße zweifelhaft. Wir sind der Meinung, daß der ganze Stand unserer politischen Moral seit Einführung des geheimen Wahlrechts keine Fortschritte gemacht hat, (Sehr wahr! rechts) im Gegentheil, daß wir uns in bedauerlicher Weise auf einer schiefen Ebene befinden (Heiterkeit links) es wird die ernste Erwägung der preußischen Staatsregierung sein, ob sie nicht im Gegensatze zu dem vorliegenden Antrage Bedacht nehmen muß, den Einfluß, den sie im Bundesrathe hat, zu einem Initiativ-Antrage auf Abschaffung der geheimen Abstimmung einzusetzen (Laute Sensation links), die Regierung ist der Meinung, daß zwar das Wahlrecht ein sehr kostbares politisches Recht ist, und daß es soweit auszudehnen ist, wie das öffentliche Wohl und das politische Interesse des Landes gestatten; aber dieses Recht involvirt gleichzeitig eine sehr schwere Pflicht. Das Wahlrecht ist nicht blos ein individuelles Recht des Einzelnen, seine Parteiansicht zur Geltung zu bringen, sondern ein ihm im öffentlichen Interesse anvertrautes Amt, welches mit schwerer Verantwortlichkeit verbunden ist. (Sehr wahr! rechts.) Und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, springt sofort ins Auge, daß die öffentliche Abstimmung allein der würdige Ausdruck der öffentlichen Meinung ist. (Heiterkeit links.) Wer das Recht hat, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, sol auch den Muth haben, es öffentlich zu thun, das ist ein gesunder, politischer Grundsatz. Nun gebe ich zu, daß es Parteien giebt, welche ein Interesse daran haben, durch die geheime Abstimmung die Maße der Nation so zu gestalten, daß das Gefühl der Verantwortlichkeit in in ihr verloren geht. Die Regierung dagegen ist der Meinung, daß es für die öffentlichen Sitten und für die öffentliche Moral nichts Verwerflicheres geben kann, als wenn man die Wähler von dem Gefühle der Verantwortlichkeit durch die geheime Wahl entkleidet. Ich glaube, daß es ein ungesunder Zug unserer Zeit ist, sich bei öffentlichen Einrichtungen nicht in erster Linie die Frage vorzulegen, wie stimmt das mit dem öffentlichen Wohle, sondern was hat der Einzelne davon. Bei allen öffentlichen Wahlen muß zuerst gefragt werden, wie wirken sie im Gesammtinteresse und ist es richtig, das Einzelinteresse so in den Vordergrund zu schieben. Wir halten daher die öffentliche Stimmabgabe für ein kostbares Gut, welches aufzuheben wir nicht gesonnen sind. (Bravo rechts.) Die Fortschrittspartei hat allerdings ein wesentliches Interesse an der geheimen Abstimmung. Von jener Partei wird der Regierung und anderen Parteien der Vorwurf gemacht, daß sie die ihnen beiwohnende Gewalt zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung der Wähler mißbraucht. Sie schreibt auf ihre Fahne allerdings, Vermeidung jedes Druckes auf die Ueberzeugung. Aber wie wird denn diese Politik in der Praxis ausgeführt. Ich glaube, ich kann fast alle Parteien dieses Hauses zu Zeugen dafür anrufen, daß die Fortschrittspartei in den letzten Dezennien die politische Verhetzung zu einer Virtuosität ausgebildet hat, (Sehr wahr! Widerspruch links) welche in der That eines besseren Gegenstandes würdig wäre. Diese Methode gewinnt mit jeder neuen Wahl an Heftigkeit. Ich brauche nur an gewisse Flugblätter zu erinnern, die in allen Wahlkreisen kolportirt wurden, nur überall die Firma vorstellen und mit einigen Verunglimpfungen des betreffenden Gegenkandidaten versehen wurden, im Uebrigen sind es immer die alten abgestandenen Redensarten (Gelächter links. Ruf: Genau wie Ihre Reden) z. B. heißt es in einem Wahlflugblatt: Elf Gründe, weshalb ein Gastwirth nicht konservativ wählen darf. Was sind diese Gründe? wendet man sich an das politische Pflichtgefühl? Nein, an den krassesten Egoismus, an die Begehrlichkeit. Ein anderes Beispiel: Dreizehn Gründe, warum ein Lehrer nicht konservativ wählen darf. Da heißt es: Man hat euch fortwährend mit Versprechungen hingehalten (Sehr wahr! links) wählt unseren Kandidaten, der wird Euch Alles besorgen. (Heiterkeit rechts). Also auch wieder kein Appell an den Patriotismus, an das politische Pflichtgefühl, sondern an die egoistischen kleinen Standesinteressen. Solche plumpe Anzapfungen verfangen nur bei der geheimen Abstimmung, vor einer offenen Kritik kann das nicht bestehen. Der Wähler, der öffentlich an den Wahltisch tritt, weiß, daß er nicht seine kleinen Interessen zu vertreten hat, bei der geheimen Wahl aber fehlt das Gefühl der Verantwortlichkeit. Bei den Wahlen zum letzten Abgeordnetenhause meint Herr Stern, hätte man die Regierung bei der Arbeit gesehen und ihr Druck wäre zur Erscheinung gekommen. Die Fortschrittspartei hat es an Nichts fehlen lassen, um den Wahlkampf nach allen Richtungen zu verbittern und zu vergiften. Der Unterschied ist nur der, daß es ihr bei der vorigen Wahl wegen der öffentlichen Stimmenabgabe Nichts genutzt hat, sie eine gehörige Niederlage erlitten, daher ist auch der Wunsch auf Aenderung des Wahlverfahrens erklärlich. Ich kann sogar sagen, in der Wahlbewegung des vorigen Jahres ist die wüste Agitation — ich spreche nicht von den Herren hier im Hause, sondern von ihren Freunden im Lande (Heiterkeit) — ein sehr wesentlicher Bundesgenosse für die Regierungspolitik gewesen; ich muß ausdrücklich betonen, daß unserer Auffassung nach eine Regierung, welche es ernst meint mit der Monarchie (Unruhe links, Zustimmung rechts), mit den Pflichten, die ihr das ihr anvertraute Landeswohl auferlegt, einem solchen Antrage niemals wird

zustimmen können; im Gegentheil wird es Sache ernster Erwägung sein, ob nicht auch für die Reichstagswahlen ein Wechsel herbeizuführen ist; jedenfalls aber müssen wir dem Antrage entschiedenen Widerspruch entgegensetzen. (Wiederholtes Bravo rechts. Zischen links. Abg. Richter ruft: Chor der Landräthe)

Abg. Graf Posadowski erklärt, es sei Pflicht jedes anständigen Mannes dahin zu wirken, daß die Wahlen unbeeinflußt vor sich gehen. Er bitte im Namen seiner politischen Freunde den Abg. Stern, einen Antrag vorzulegen, welcher Beeinflussungen bei den Wahlen unmöglich mache. An den Wahlen in Amerika und Frankreich setzt der Redner auseinander, daß die öffentliche Wahl relativ immer noch die beste sei. Die Fortschrittspartei, welche für Alles absolute Oeffentlichkeit verlange, wolle über das Amt des Wahlmandes den Schleier des Geheimnisses ziehen. Wo bleibt da der Muth der Spartaner! Die Minorität befinde sich immer in der Noth nach jeder Niederlage klage die Minorität über Wahlbeeinflussungen. Die Majorität bilde sich nach den brennenden Steitfragen, welche das Volk bewegen, nicht nach kleinen Aeußerlichkeiten. Das Geheimniß der Wahl werde außerdem nur der dritten Abtheilung zu Gute kommen. Redner erklärt, im Prinzipe theile er die Ansichten des Abg. Richter über die geheime Wahl vollkommen, ebenso über das ständische Wahlrecht. Nach der Bildung des Deutschen Reiches sei das geheime Wahlrecht nur eine Konsequenz des direkten Wahlrechts gewesen, außerdem sei in den verschiedenen Bundesstaaten der Wahlmodus ein so verschiedener gewesen, daß man nichts Anderes als das geheime Wahlrecht habe einführen könnnen. Die Form der Stimmabgabe hänge außerdem mit einer ganzen Reihe anderer Fragen auf das Engste zusammen. Seine Partei sei daher der Ansicht, man habe noch nicht die nöthigen Erfahrungen gesammelt, um die geheime Wahl auch für den Landtag als nothwendig zu erachten. In Bezug auf die Kommunalwahlen erklärt der Redner, daß hier mit der Einführung der geheimen Wahl das ganze Prinzip unserer Städteordnung in Frage gestellt würde (sehr richtig! rechts.) Ein politischer Grund zur Einführung der geheimen Wahl liege nicht vor. Seine Partei erkläre sich daher ganz entschieden, da derselbe inopportun sei, gegen den Antrag.

Abg. Dr. Virchow erklärte, er habe nicht entfernt daran gedacht, daß man bei diesem Antrag so weitgehende Erklärungen vom Ministertische erhalten werde, in erster Linie zähle die Erklärung des Ministers, daß die öffentliche Stimmabgabe auch für den Reichstag in Aussicht genommen werde. Sei das etwa der Lohn für den Patriotismus, den die Deutschen im Kriege 1870/71 bewiesen haben. Die Ansichten, welche der Vorredner entwickelt, mögen vielleicht gut dazu sein, um sich für eine Karriere zu empfehlen. (Ruf rechts: Pfui! Präs. v. Köller erklärt einen derartigen Ruf für unzulässig.) Wer auf den Gedanken zurückkommen will, der längst als begraben zu betrachten, der will uns eine Vorlesung halten, wie man das Volk in die Lage setzen kann, richtig zu wählen? Sind die Wahlen nicht dazu da, daß Jeder seiner Ueberzeugung Ausdruck giebt? Wenn Sie diesen prinzipiellen Standpunkt verlassen, wie können Sie glauben, überhaupt noch eine gesunde Gesetzgebung zu Stande zu bringen? Der Herr Minister hätte sich nicht mit bloßen Andeutungen von Wahlgeschichten begnügen, sondern Thatsachen mittheilen sollen. Wenn der Herr Minister sagt, er halte den Antrag für einen Stoß gegen einen wichtigen Theil unseres Verfassungslebens, so habe ich weder seinen prinzipiellen Standpunkt, noch seine wirkliche Meinung verstanden. Die Verfassung schreibt mir ein Wahlgesetz vor, das aber bis heut noch nicht ergangen ist, von dem öffentlichen Wahlverfahren ist in der Verfassung nicht die Rede. Die Liberalen waren immer für geheime Wahlen, die Reaktionären dagegen haben die öffentlichen Wahlen erfunden und Herr v. Manteuffel hat das geflügelte Wort ausgesprochen, daß unser Volk soweit vorgerückt ist, daß es die Oeffentlichkeit auf diesem Gebiete nicht mehr entbehren könne. (Heiterkeit.) So lange Regierungen da sind, die sich in die Wahlen einmischen, so lange ist es nothwendig, das geheime Stimmrecht aufrecht zu erhalten. Wenn heut das Bedürfniß danach so groß ist, so liegt das an den Erfahrungen, die aus dem Regierungssystem Puttkamer hervorgehen. (Sehr richtig! links.) Wir haben reaktionäre Regierungen gehabt, aber niemals ist in Preußen ein solcher Druck geübt worden, wie unter dem Ministerium Puttkamer (Lachen rechts.) Wir haben niemals einen Minister gehabt, der seine Beamten so weit gehen ließ. Ich will nicht sagen, daß er sie veranlaßt hat, aber er läßt sie gehen und sie haben die Meinung, in seinem Sinne zu handeln. Das kommt daher, daß seit der Interpretation, die der königlichen Kabinets-Ordre gegeben worden ist, sich in immer weiteren Kreisen die Meinung geltend gemacht hat, es entspreche dem Willen Seiner Majestät, daß ein Druck auf die Beamten ausgeübt worden. Es ist uns noch unverständlich, wie es möglich gewesen ist, daß königl. Beamte im Auftrage ihrer Vorgesetzten an den Wahltisch gegangen sind um für Sozialdemokraten zu stimmen. (Hört! links.) Das ist wieder neu für Herrn Minister v. Puttkamer (Heiterkeit) und das geschah unter dem Belagerungszustand und dem Sozialisten-Ausnahmegesetze. Was die Verrohung des Tons in der Presse anlangt, so ist dieser Ton durch die Regierungspresse eingeführt worden, besonders durch die „Nordd. Allgem. Zeitung", die heute offiziös, morgen freiwillig gouvernemental sein soll. Bis in höchste Kreise herrschte diese Verleumdungsmanie, man beschuldigte die Fortschrittspartei in einer öffentlichen an den päpstlichen Nuntius gerichteten Note, welche Fürst Hohenlohe unterzeichnete, republikanischer Gesinnung. Diese Verleumdung hat ihren Zweck verfehlt, der Papst und unser Kaiser glauben nicht an solche Beschuldigungen. Wir sind niemals in den Anklagen der Gegenpartei so weit gegangen. (Widerspruch und Gelächter rechts.) Ja, ich weiß nicht, worüber Sie lachen, lachen Sie über sich selbst? (Heiterkeit links.) Wir haben niemals von Ihnen behauptet, daß Sie gegen den Monarchen vorgehen, und das haben Sie von uns behauptet. Wir sind eben so gut monarchisch wie Sie. Was für Ideen hat denn Herr v. Puttkamer von der Fortschrittspartei! Was haben wir denn für ein anderes Interesse, als dem Vaterlande zu dienen? Etwa ein pekuniäres? Oder sind wir aus Ehrgeiz Fortschrittler, um Stadtverordnete zu werden? Ich glaube der Stadt Einiges genützt zu haben, und sicher ist Berlin gut verwaltet worden, jedenfalls keine große Stadt besser. Daß dies aber so ist, hat den Zorn der Regierung erregt. Wir haben die Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung erlebt, welche von Herrn v. Puttkamer nur aus Gerechtigkeitsliebe angeregt worden ist. Nun, nachdem wir in dem kommunalen Wahlkampfe gesiegt haben, kommen wir und beantragen geheime Abstimmung. Dann würden ja die Klagen über den Terrorismus der Fortschrittspartei ein Ende haben, und ebenso würde man auch von unserer Seite über die Gegenpartei keine Klage mehr erheben können. Der Herr Minister möge auch erwägen, daß es nicht schwer ist, eine Erklärung dafür zu finden, wenn ein armer Familienvater mit kleinem Gehalt unter dem Einfluß und Druck des Vorgesetzten erliegt. Wir standen in Berlin bei den Stadtverordnetenstichwahlen der Bürgerpartei gegenüber oder wenn Sie das besser verstehen, den Antisemiten, und die Schutzleute wurden beordert, für die Antisemiten. Ich habe mich gewundert, daß bei der Polzei die Antisemiten für regierungsfähig gehalten werden. So lange man noch ganze Beamtenkategorien antreten läßt und ihnen einen Kandidaten vorschlägt, stimme ich für geheime Wahl. Nicht aus theoretischen, sondern aus Gründen der Erfahrung empfehle ich Ihnen also den Antrag Stern, und dem Herrn Minister möchte ich doch rathen, es sich wohl zu überlegen, ehe er dem Gedanken Raum giebt, das geheime Wahlrecht zum Reichstage aufzuheben. Wenn Sie so an den Grundpfeilern des Reiches schütteln, zeitigen Sie eine trübe Zukunft. Da die Liberalen jetzt so wenig Einfluß haben, dürfte doch zu einem so verzweifelten Akt gar kein äußerer Anlaß vorliegen. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Reichsinstitutionen bitte ich Sie also dem Antrag Stern zuzustimmen. (Lebhafter Beifall links).

Minister v. Puttkamer! Die geheime Abstimmung ist keine Säule des deutschen Reiches, das ist eine kolossale Uebertreibung, und die Staatsregierung kann in der Aufhebung des geheimen Wahlrechts kein Rüttel an der Reichsverfassung erkennen. Abg. Virchow habe der Regierung und ihm, dem Redner den Vorwurf gemacht, die Wahlen zu beeinflussen. Das sei ganz unbegründet. Die Allerh. Ordre vom 4. Januar 1882 habe nichts von dem bisher Ueblichen Abweichendes bestimmt. Er, der Minister, habe den Sinn jener Ordre nicht gefälscht. Die Regierung habe die Pflicht, durch die ihr zu Gebote stehenden politischen Organe ihre Meinung zu verbreiten, er frage daher dem Abgeordneten Virchow, was er mit der Behauptung den Wahlbeeinflussungen seitens der Regierung eigentlich habe sagen wollen. Die diesbezüglichen Behauptungen der Linken haben sich als erfunden herausgestellt, der Zweck sei nur, die Regierung zu verunglimpfen. Des angeblichen Regierungsdruckes wegen, brauche man also die geheime Wahl keineswegs einzuführen. Auf die Kommunalwahlen in Berlin übergehend, führte der Minister eine kleine Blumenlese von Wahlbeeinflussungen seitens der Fortschrittspartei besonders im Wahlkreise des Abg. Virchow an. Der Minister verliest ein Zirkular, worin die Hausbesitzer aufgefordert werden, zu Gunsten des liberalen Kandidaten auf die Arbeiter einzuwirken. Die Wahl des Abg. Virchow sei hauptsächlich gelegen von einem Kaufmann Karl Ludwig Rosenfeld (Heiterkeit). Dieser Herr habe seine Arbeiter, nachdem ein Schankwirth Hammerström für Herrn Pickenbach gestimmt habe, aufgefordert, bei Strafe der Entlassung nichts mehr von Hammerström zu kaufen. (Abg. Richter: Ist das Alles? Weiter, weiter!) M. H.! Was ich hier sonst noch habe, ist nicht echt beglaubigt, ich ziehe daher vor, es zu unterdrücken. (Abg. Richter: Er hat nichts mehr!) Auf die Vorgänge in der Berliner Schutzmannschaft übergehend, erklärt der Minister, der von dem „Berliner Tageblatt" mitgetheilte Erlaß an die Schutzmannschaft sei nicht wahr, das Berliner Polizeipräsidium habe dem Blatt eine Berichtigung zugesandt, dieses aber habe die Aufnahme verweigert. Das sei charakteristisch für die Fortschrittspresse. Sollte demnach eine Beeinflussung stattgefunden haben, so würde er, der Minister, das sehr beklagen, er würde den Mann schützen, der event. seiner Abstimmung wegen verfolgt werden sollte. Der Minister erklärt, Berlin sei gerade so gut und so schlecht verwaltet als andere große Städte. Seine Entwickelung zur Weltstadt habe es in erster Linie der Dynastie und den politischen Verhältnissen zu verdanken. (Sehr wahr! rechts) Auf die Vorwürfe des Abg. Wichard bezügl. der Regierungspresse übergehend, lehnt der Minister jede Verantwortung für Leistungen der Presse ab, mit Ausnahme des „Reichs-Anz." und der „Prov.-Corresp." Was letzteres Organ angehe, so habe der Minister Sorge getragen, das jenes Blatt einen allerdings schneidigen, aber anständigen Ton kultivire. Die liberale Presse sei viel unanständiger als die Regierungs-Presse. Was die „Nordd. Allg. Ztg." anlange, so lehne die Regierung es nicht ab die freiwillige Unterstützung des großen weitverbreiteten Organs anzunehmen, wie diejenige jedes anderen großen Blattes, das sich dazu anbieten würde. Auf die Fortschrittspartei übergehend, erklärt der Minister, sein Urtheil gehe dahin, daß er die Fortschrittspartei für eine verhängnißvolle halte, deren Bestrebungen zu einer Zerbröckelung und Untergrabung des monarchischen Prinzips führen müsse. Die Fortschrittspartei erstrebe die parlamentarische Regierung; diese Regierungsform müsse ein konservativer und monarchischer Minister allerdings für verderblich halten. (Bravo! rechts.)

Frhr. v. Hammerstein erinnert die Fortschrittspartei daran, daß Schulze-Delitzsch das Wort von dem bankerotten Königthum von Gottes Gnaden gesprochen habe. Wenn der Abg. Virchow erklärt habe, der Patriotismus des deutschen Volkes sei der Lohn gewesen für das geheime Wahlrecht, so erinnere er an die damaligen Vorgänge. Abg. Windthorst hat sich damals entschieden für das öffentliche Wahlrecht erklärt. Wenn sich dessen Anschauungen jetzt geändert haben sollten, so trage wohl das Dezennium des Kulturkampfes schuld; ob diese Gesinnungsänderung aber auch für die Zukunft sich bewähren werde, das sei eine andere Frage. Auch Stuart Mill sei für öffentliche Stimmabgabe gewesen. Im Uebrigen sei der Antrag Stern interessanter durch das, was nicht darin steht, als durch das, was darin gesagt sei. Redner möchte wissen, in wieweit die Fortschrittspartei für das allgemeine direkte Wahlrecht auch für das Abgeordnetenhaus unbedingt eintreten werde. Bei unserem Wahlsystem sei außerdem die Geheimhaltung nur in der dritten Abtheilung möglich. Bringe man den Antrag ein, um die angeblichen Wahlbeeinflussungen möglichst zu verhindern, so müsse man vor allen Dingen den Beweis beibringen, daß die Wahlbeeinflussungen bei geheimer Wahl weniger vorkommen, als bei der öffentlichen Wahl. Die Fortschrittspartei aber wolle nun die Beeinflussung durch natürliche Autorität beseitigen, nicht die Beeinflussung durch die Lüge und den Appell an die schlechten Leidenschaften. (Sehr richtig! rechts.) Redner verliest einen Wahlaufruf der Fortschrittspartei, welcher beginnt: Keine Steuern, sondern Steuererlasse! (Abg. Richter: Keine neuen Steuern!) Redner fortfahrend: Das ist ein ganz anderer. (Große Heiterkeit!) (Abg. Richter: Vorlesen.) Ich bemerke, daß ich das Wort nicht unterschlagen habe, um den Abgeordneten Richter hineinfallen zu lassen, welcher durch seinen Zwischenruf bewiesen hat, daß er dem Flugblatt nicht fern steht. Redner verliest nun unter großer Heiterkeit der Rechten und unter den Zwischenrufen der linken Seite des Hauses einige fortschrittliche Wahlflugblätter. Redner erklärt schließlich, um einer solchen Wahlagitation Vorschub zu leisten, könne seine Partei die öffentliche Stimmabgabe nicht aufheben. Eine Folge der geheimen Abstimmung sei auch die Wahlbeeinflussung durch das Geld. Sie sagen, bei der geheimen Abstimmung machen Sie bessere Geschäfte, wir sagen umgekehrt, bei der öffentlichen Abstimmung machen wir bessere Geschäfte, also bleiben wir bei der letzteren. Noch ist die Zeit zu einem neuen Wahlgesetz nicht gekommen, wir müssen uns daher gegen den Antrag Stern erklären. (Bravo! rechts.)

Abg. Reichensperger (Olpe): Alles, was ich heute hier gehört habe, spricht für die Nothwendigkeit der geheimen Abstimmung, die doch nur die Person dem äußern Dank entzieht und eine freie Abstimmung ermöglicht. Ich habe zwar erwartet, daß der Antrag nicht von der Linken, sondern gerade von der Rechten ausgehen würde. Sie (zur Rechten) sind dazu verpflichtet, wenn sie die preußischen Traditionen in Ehren halten und die Staatsordnung, die Sie vertreten, wirklich fördern wollen. (Sehr gut! links.) Wenn Herr v. Hammerstein gesagt hat, Sie hielten an dem bisherigen System fest, weil Sie dabei bessere Geschäfte machen, so befürchte ich, daß Sie auf diesem Wege in die Früchte kommen werden, die Sie bisher geerndtet haben. (Sehr richtig! links.) Zweck der Repräsentation ist, auf dem Wege der Wahlen zu einer Vertretung zu kommen, die das Vertrauen des Volkes genießt. Daraus folgt, daß die Aufgabe der Gesetzgebung dahin gerichtet sein muß, möglichst freie Wahlen herbeizuführen. Es giebt ja keinen menschenmöglichen Weg, der jeden Mißbrauch ausschließt und die Wahlfreiheit absolut schützt. Thatsache ist, daß Wahlmißbräuche bestehen; wozu kann es aber führen, wenn sich Personen einander mit Vorwürfen überhäufen? Das kann nur dazu dienen, Verwirrung in die einfache Frage zu bringen, ob die geheime Wahl ein besseres Mittel ist, freie Wahlen herbeizuführen oder die öffentliche Wahl. Eine geheime Wahl bietet wenigstens die Garantie, daß die Leute ihre Herzensmeinung aussprechen können. Wollen Sie vielleicht auch die Preßfreiheit unterdrücken? Wer die freie Wahl nicht will, der will überhaupt keine repräsentative Verfassung, da können wir einpacken. Es handelt sich keineswegs blos um die Beseitigung des Druckes auf die Beamten, sondern in viel früherer Linie um Beseitigung des Druckes auf die wirthschaftlich und sozial abhängigen Leute, der in so skandalöser Weise geübt wird, daß es nicht mehr ein Privatunrecht ist, sondern eine öffentliche große Kalamität, eine ernsthafte Gefahr für den Staat. Wenn eine Partei sagt, die geheimen Wahlen würden Nichts ändern, alle Parteien machen sich der Wahlbeeinflussung schuldig, so ist diese Partei gerichtet. Nur die Partei könnte dagegen stimmen, welche sich selbst die größten Maßlosigkeiten zuschreibe. Es ist ein berechtigtes Streben in unserem Staate, möglichsten Schutz von Oben herab den wirthschaftlich Abhängigen zu gewähren. Es sind das diejenigen Klassen, welche schon wegen ihrer ungeheuren Zahl unsere Beachtung verdienen. Darum hat auch der Reichskanzler im Reiche die geheime Wahl eingeführt. Nun soll unser preußisches Wahlsystem die Stütze des Staates sein. Fürst Bismarck ist bisher anderer Meinung gewesen. Er sagte im Reichstage: ein widersinnigeres, elenderes Wahlsystem sei nicht in irgend einem andern Staate ausgedacht worden. (Hört hört! links.) Wollen Sie das zum Fundamente des preußischen Staates nehmen. Und wie steht es mit der inneren moralischen Autorität der Wahlordnung? Sie ist eine oktroyirte Verordnung, die allen sagt, es ist der persönliche Beruf des Mannes, seine Ueberzeugung offen auszusprechen. Es wird wohl Niemand behaupten, daß dieser Mannesmuth bei den Wahlen oft bewiesen worden ist. Solche schöne Redensarten lasse ich für einen Schulaufsatz gelten, aber es ist mir unbegreiflich, wie man im praktischen Staatsleben damit kommen kann. Beide Kammern haben die Nothwendigkeit einer Revision des Wahlgesetzes ausgesprochen, seit 34 Jahren ist sie noch gar nicht in die Hand genommen worden, heute soll wenigstens in einem Punkte revidirt werden. Ueberall sonst im öffentlichen Leben bei allen Vertretungen, ebenso in der evangelischen, wie in der katholischen Kirche, haben wir die geheime Abstimmung bei den Wahlen. Heute bietet sich Ihnen Gelegenheit Stellung zur Sache zu nehmen. Nach der heutigen Abstimmung wird das Volk Sie beurtheilen. (Lachen rechts.) Die Personen sind mir Nebensache, die werden nach ihren Handlungen gerichtet werden, aber um die Partei handelt es sich, und um die thäte es mir leid. (Bravo links und im Zentrum).

Abg. Dr. Gneist: In früheren Jahren ist die Petitionskommission ähnlichen Anträgen gegenüber zu der Ansicht gelangt, daß es nicht blos auf diesen Wahlmodus ankommt, sondern ebenso auf den Zensus, auf die Klassifikation der Wähler, ebenso auf direkte und indirekte Wahlen, auf Diäten und Nichtdiäten, auf die Abgrenzung der Wahlkreise, auf die innere Formation der wählenden Kreise und Gemeinden, ebenso auf die Zusammensetzung des anderen Hauses u. a. Man kann nicht ein Stück ändern, ohne das andere in Frage zu stellen. Das Wahlgesetz ist entstanden durch eine Kette von Kompromissen der verschiedenen Parteien, und wenn der einen Partei ein neues Zugeständniß gemacht wird, werden die anderen mit Forderungen nicht zurückbleiben. Solche Fragen sind nicht in einer Mittwochssitzung zu erledigen. und unsere Partei hat deshalb beschlossen, den Antrag abzulehnen. Uebergriffe kommen bei allen Wahlen vor von den verschiedenen Seiten. Das Reichswahlsystem und das preußische stehen seit einem halben Menschenalter neheneinander und man kann nicht behaupten, daß das eine schlechtere Resultate zeigt als das andere. Der gewöhnliche Mann übt seine politischen Rechte lieber ohne als mit Verantwortlichkeit aus. Es kommt für den Wähler nicht blos auf die wirthschaftliche Unabhängigkeit an, sondern auch auf eine moralische. Jede Parlamentsthätigkeit würde alsbald ihre Kraft und Bedeutung verlieren, wenn sich die Abgeordneten hinter dem Feigenblatt einer geheimen Abstimmung verbergen wollten. Wenn die Wähler nicht mehr wagen, für eine ehrliche Meinung offen einzutreten, so verliert sich das Gefühl allmählig auch bei den Gewählten. Dies ist meine alte Ueberzeugung, die sich seit lange bei mir befestigt hat. Der jüngste Eindruck in Amerika hat mich in dieser Ansicht noch bestärkt, dort sinkt mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen Stimmrecht, das reichste, blühendste Städtewesen zu einem schmutzigen Ausbeutungssystem herunter, in welchem nur der Irländer sich wohl fühlt, während der deutsche Landmann, nachdem er die Verhältnisse praktisch erprobt hat, es eben so tief beklagt wie verabscheut. Der Antrag Stern ist meiner Meinung nach zu dieser Zeit und in dieser Weise abzulehnen.

Abg. Dr. Hänel: Wenn die nationalliberale Partei heute nach der Rede des Ministers kein klares Votum abgiebt in Bezug auf die Reichstagswahlen, sondern den Antrag dilatorisch behandeln will, macht sie sich mitschuldig solcher Pläne, wie sie heute der Minister von Puttkamer für das Reich in Aussicht gestellt hat. Der einzige staatsmännische Gedanke, den Herr v. Puttkamer ausgesprochen hat, ist der, daß auf die Dauer sich im Reiche und in Preußen nicht werden zwei verschiedene Wahlsysteme aufrecht erhalten lassen. Nun, im Reiche haben wir das geheime Wahlrecht, und wir werden es behaupten; dessen Einführung muß also auch früher oder später in Preußen erfolgen. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen hat eine so große Zahl abhängiger Menschen geschaffen, die soziale Abhängigkeit vom Staate ist auf vielen anderen Gebieten so außerordentlich groß geworden, daß ein Gegengewicht geschaffen werden muß. Die Abhängigkeit der Arbeitnehmer ist zu groß gegenüber dem Staat. Man fühlt ganz allgemein, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die geheime Wahl das einzig richtige ist. Kann man denn sagen, schafft Euch als Reichswähler soviel Unabhängigkeit als ihr wollt, als Landtagswähler aber bescheidet Euch? Der Herr Minister das Innern wollte die ganze Debatte auf das Niveau einer einseitigen Parteifrage herabdrücken, daher alle diese Angriffe gegen die Fortschrittspartei, während doch auch von anderer Seite unserem Antrage zugestimmt wird. Seit Jahren ist eine so provozirende Rede nicht mehr gehalten worden. Er ging dazu über, einzelne Flugblätter, die sich an Schullehrer, Gastwirthe u. s. w. richteten, zu verlesen. Weiß er nicht, wodurch die Fortschrittspartei dazu veranlaßt worden ist? Durch die einseitigen und aufreizenden Versprechungen, die der Bevölkerung von der Regierung gemacht wurden. (Sehr richtig! links.) Wir haben immer vorausgesetzt, daß, da die bona fides der Regierung außer Zweifel steht, wir kein Recht haben, in scharfen Ausdrücken zu sprechen. Da aber die Regierung gleiche Rücksicht nicht übt, so stehe ich auch nicht an, zu konstatiren, daß es Symptome im Lande giebt, die erkennen lassen, daß die Anhänglichkeit an den Monarchen durch die Methode der Regierung nicht vermehrt wird, immer den Namen des Monarchen in die Diskussion zu ziehen, anstatt die Ministerverantwortlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Das führt zu einer Verbitterung der Parteigegensätze. (Sehr wahr! links.) Der Minister hat ohne Noth die ganze Frage mit den Berliner Verhältnissen komplizirt. Die Thatsachen, die er angeführt, waren so mager wie möglich. Ich frage mich: ist das die objektive Haltung eines Ministers oder die subjektive Haltung eines Parteimannes? (Sehr richtig! links.) Herr von Puttkamer hätte wahrscheinlich gewünscht, eine andere Majorität der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu bekommen und eine völlige Revolution der städtischen Verwaltung herbeizuführen. Die Perspektive auf das Reichswahlrecht ist allerdings ein Angriff auf die Reichsverfassung, ebenso wie die Projekte der zweijährigen Etats und der vierjährigen Legislaturperioden. Wenn Sie die populäre Grundlage unseres Reichswahlsystems beseitigen, so brechen Sie eine wesentliche Stütze des Reichs hinweg. (Hört! links.) Herrn v. Puttkamers Rede wird als Warnung im Gedächtniß bleiben. Wenn Sie Alles erwägen, so werden Sie die Richtigkeit des Antrags noch vermehrt finden. (Bravo! links, Zischen rechts.)

Minister von Puttkamer: Ich lege Verwahrung gegen die Unterschiebungen ein, die mir der Vorredner gemacht hat. Die Aenderung des Reichswahlsystems war Gegenstand der Erwägung des Staatsministeriums, als Privatmann hätte ich mir nicht erlaubt, die Frage hier aufzuwerfen. Die Regierung glaubt, daß die Erfahrungen, die die deutsche Nation mit der geheimen Stimmabgabe gemacht hat, nicht für eine weitere Beibehaltung derselben sprechen. Darin liegt kein Angriff auf die Grundlagen der Verfassung. Ich hoffe, daß das Resultat dieser Berathung den Wünschen der Regierung entsprechen wird.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung.) Schluß 4½ Uhr.

Telegraphische Nachrichten.

Köln, 5. Dez. Die englische Post vom 4. Dezember früh, planmäßig in Verviers um 8 Uhr 13 Min. Abends, ist ausgeblieben. Grund: Unwetter im Kanal.

Kiel, 5. Dez. In Folge des Nordoststurms, welcher gestern und in der verflossenen Nacht herrschte, ist hier Hochwasser eingetreten, der niedriger gelegene Stadttheil ist überschwemmt.

Wien, 5. Dez. Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte Plener namens seiner Gesinnungsgenossen, daß sie aus politischen Gründen nicht im Stande seien, weiterhin Referate zu übernehmen. Da die Anschauungen des Obmanns Grafen Hohenwart und Plener, ob die Nichtannahme der Referate nach der Geschäftsordnung zuläßig sei, differiren, läßt der Graf Hohenwart über die Frage abstimmen. Dieselbe wird mit Majorität bejaht und die Vertheilung der Referate hierauf vertagt.

Pest, 5. Dez. Das Abgeordnetenhaus nahm mit 197 gegen 125 Stimmen die Steuergesetzvorlage als Grundlage der Spezialdebatte an.

Der Dreier-Ausschuß des Oberhauses nahm die Ehegesetzvorlage in der Spezialdebatte unverändert an.

Paris, 5. Dez. Die Deputirtenkammer genehmigte das Budget des Ministeriums der schönen Künste. — Das Journal „Paris" erklärt die Nachricht für unrichtig, daß die Regierung befohlen habe, Admiral Courbet solle seinen Vormarsch einstellen und sich auf die Defensive beschränken. — „La Patrie" meldet, in den äußeren Stadtvierteln seien Plakate angeschlagen worden, durch welches die Arbeiter zur Theilnahme an dem von den Anarchisten für nächsten Freitag auf dem Börsenplatze in Aussicht genommenen Meeting aufgefordert werden.

Paris, 5. Dez. Der erste Band des Gelbbuchs enthält ein historisches Exposé, welches von dem Vertrage von 1874 ausgeht und sich bis zum Jahre 1878 erstreckt, der Epoche, wo Anam die Hilfe Chinas zur Unterdrückung des Aufstandes anrief, die Korrespondenz von Myre de Villers und die Berichte von der Küste zeigen, wie die Tonkin-Frage entstanden und größer geworden ist. Der Krieg mit China schien damals unvermeidlich, als Bourrée anzeigte, China habe seine Truppen zurückgezogen und vorgeschlagen, es wolle das nördliche Ufer des rothen Flusses bewachen, während Frankreich das Südufer desselben bewachen solle. Bourrée rieth aber von einer solchen Verständigung ab.

Madrid, 4. Dez., Nachmittags. Der König und der deutsche Kronprinz trafen mit ihrem Gefolge Vormittags 10½ Uhr im Escurial ein und wurden bei der Ankunft von dem Musikkorps der Douanierschule empfangen, welches die preußische Volkshymne spielte. Nach dem Dejeuner, welches im Palais eingenommen wurde, folgte die Besichtigung der mit großem Glanze ausgestatteten Zimmer und der im Palaste befindlichen Kunstschätze und Kostbarkeiten. Hierauf besuchten die hohen Herrschaften das Kloster, die königliche Schule, die Bibliothek und die Begräbnißkapelle des königlichen Hauses, in welchem von Karl V. an fast alle spanischen Könige ihre Ruhestätte gefunden haben. Die Rückkehr nach Madrid sollte um 6 Uhr Abends erfolgen.

Madrid, 4. Dez., Abends. Der König, der deutsche Kronprinz und Prinz Ferdinand Ludwig von Bayern sind gegen Abend von dem Besuche des Escurial hierher zurückgekehrt. — An den Präfekten von Sevilla sind anläßlich der Reise des Kronprinzen die nöthigen Weisungen gegeben worden, der Kronprinz wird am 8. d. Mts. Abends daselbst eintreffen. — Morgen finden in der Nähe von Madrid Feldmanöver statt, an denselben nehmen unter Anderen Theil das Infanterie-Regiment „Mallorca", die Jäger-Bataillone „Puerto Rico" und „Manila", die Husaren-Regimenter „de la Princesa" und „Pavia" und ein Artillerie-Regiment unter General Molto. — Bei der gestrigen Vorstellung „Marina" im Apollotheater war der Kronprinz wieder Gegenstand neuer Ovationen. Der ganze Hof war anwesend, der Theaterraum war elektrisch erleuchtet. Der Kronprinz wurde am Eintritt von der Societad de Autores empfangen und in die Hofloge geleitet. — Die Zeitungen melden, die Einschiffung des Kronprinzen werde bestimmt am 15. d. M. in Barcelona erfolgen. Die „Epoca" sagt, die Stadt Barcelona treffe Vorbereitungen zu dem festlichsten Empfang des Kronprinzen.

Madrid, 5. Dez. In der von dem Ministerrathe gebilligten Thronrede zur Eröffnung des Kortes wird die Nothwendigkeit der Einführung des allgemeinen Stimmrechts und der Reform der Verfassung ausgesprochen.

London, 5. Dez. Lord Granville dementirt in der Antwort auf eine vom Deputirten- und Handelskammerpräsidenten Palmer, in Newcastle an ihn gerichtete Zuschrift das Gerücht, daß Egypten von England zur Herstellung eines zweiten Suezkanals aufgefordert worden sei.

London, 5. Dez. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus St. Mauritius vom 22. November gemeldet, aus Madagaskar dort eingetroffene Nachrichten bestätigen, daß die Franzosen Mohambo und Teneriffa an der Nord-Ostküste von Madagaskar beschossen hätten. Zwei französische Fregatten sollen ferner abgesandt sein, um das Fort „Dauphin" und andere Punkte an der Südküste der Insel zu bombardiren. — In Sydney hat die internationale Konferenz einstimmig eine Reihe von Resolutionen zu Gunsten der Annexion New-Guineas angenommen.

Petersburg, 5. Dez. Die Reichsbank hat die ganze hier zum Verkauf aufgelegte Quote der neuen Goldrente begeben.

Washington, 4. Dez. Der Jahresbericht des Schatzsekretärs Folger empfiehlt die Einziehung und Einschmelzung der Handelsdollars und die Abschaffung der auf dem Notenumlauf der Nationalbanken lastenden Steuer und befürwortet den Vorschlag der Nationalbanken, den Notenumlauf in Höhe von 90 Prozent des Marktwerthes ihrer deponirten Bonds zu gestatten. Den Ueberschuß im Staatsschatze will Folger für Staatszwecke angewendet wissen. Der Bericht empfiehlt ferner zwar keine unverzügliche Revision des Tarifgesetzes, hält indeß an der Ueberzeugung fest, daß die zweckmäßigste Methode der Steuerermäßigung und der Beschränkung der Staatseinkünfte auf die ökonomischen Bedürfnisse der Regierung in der Herabsetzung der Importzölle gefunden werden müsse. — Im Senat wurde bereits eine Bill eingebracht, welche den Nationalbanken gestattet, Wechsel für 90 Prozent des Marktwerthes ihrer deponirten Bonds in Umlauf zu setzen.

Washington, 4. Dez. Der Passus der Botschaft über die Rückzahlung der 4½prozentigen Obligationen lautet: Es würden mindestens noch 4 Jahre vergeben, ehe man mit der Einlösung der 4½prozentigen Obligationen beginnen könne. Wenn aber die Vermehrung der Einnahmen später in demselben Maße fortdauere, würden die 4½prozent. Obligationen am Fälligkeitstermine bezahlt werden können und die zur Einlösung der 4prozentigen Obligationen erforderlichen Fonds würden sich schon mehrere Jahre vor dem Fälligkeitstermine im Staatsschatze befinden.

Newyork, 4. Dez. Der Dampfer „Alaska" hat in der Nähe von Fire Island ein Lootsenboot niedergerannt, in welchem sich 10 Personen befanden; bis jetzt ist Niemand als gerettet gemeldet, man nimmt daher an, daß alle 10 Personen den Tod in den Wellen gefunden haben.

Konstantinopel, 6. Dez. In der von Türken und Juden bewohnten Vorstadt Haskios ist gestern früh Feuer ausgebrochen, welches den ganzen Tag fortdauerte. Von den etwa hundert Häusern ist eine große Anzahl zerstört.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
5. Nachm. 2	744,1	SW lebhaft	heiter	— 2,5
5. Abnds. 10	748,5	NW schwach	wolkenlos	— 6,4
6. Morgs. 6	747,4	NW mäßig	heiter	— 6,0

Am 5. Wärme-Maximum: + 2°0 Cels.
„ „ Wärme-Minimum: — 6°0 „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 5. Dezember Morgens 1,44 Meter.
„ „ 5. „ Mittags 1,44 „
„ „ 6. „ Morgens 1,44 „

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 5. Dez. (Schluß-Course.) Schwankend. Der Rückgang von Russen verstimmte.

Lond. Wechsel 20,395. Pariser do. 80,91. Wiener do. 168,90. R.-M. S.-A. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 107⅞. R.-M.-Pr.-Anth. 125½. Reichsanl. 101⅞. Reichsbank 149¼. Darmstb. 154. Meining. Bk. 93⅞. Oest.-ung. Bank 704,00. Kreditaktien 237. Silberrente 66⅞. Papierrente 66⅞. Goldrente 83¼. Ung. Goldrente 73¼. 1860er Loose 117⅞, 1864er Loose 310,00. Ung. Staatsl. 223,20. do. Ostb.-Obl. II. 96. Böhm. Westbahn 253⅞ Elisabethb. —. Nordwestbahn 154⅞, Galizier 242¼. Franzosen 263⅞. Lombarden 117⅞. Italiener 90⅛, 1877er Russen 89⅞, 1880er Russen 71¼. II. Orientanl. 55⅞. Zentr. Pacific 109⅞. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 56. Wiener Bankverein 87⅞. 5% österreichische Papierrente —. Buschterader —. Egypter 64½, Gotthardbahn 93⅞.

Türken 9½. Edison 113¼. Lübeck-Büchener 155⅞. Lothr. Eisenwerke —. Marienburg-Mlawka —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 237¼. Franzosen 264⅞. Galizier 244¼, Lombarden 118⅞, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, Egypter 64⅞, Gotthardbahn —, Spanier —, Marienburg-Mlawka —, 1880er Russen —.

Wien, 5. Dez. (Schluß-Course.) Still, Renten fest.

Papierrente 79,15 Silberrente 79,50, Oesterr. Goldrente 98,45, 6-proz. ungarische Goldrente 120,35. 4-proz. ung. Goldrente 87,32½, 5-proz. ungar. Papierrente 85,15. 1854er Loose 119,75, 1860er Loose 134,00. 1864er Loose 167,25 Kreditloose 173,00, ungar. Prämien 114,25. Kreditaktien 281,75. Franzosen 311,60. Lombarden 139,25. Galizier 286,50 Kasch.-Oderb. 144,00. Pardubitzer 144,00. Nordwestbahn 184,25 Elisabethbahn 224,00 Nordbahn 2465,00. Oesterr.-Ung.-Bank —,—. Türk. Loose —,—. Unionbank 106,80. Anglo-Austr. 107,50 Wiener Bankverein 103,50 Ungar. Kredit 279,50. Deutsche Plätze 59,15. Londoner Wechsel 120,60. Pariser do. 47,85. Amsterdamer do. 99,65. Napoleons 9,58½. Dukaten 5,70. Silber 100,00. Marknoten 59,15 Russische Banknoten 1,17¼. Lemberg-Czernowitz —,—. Kronpr.-Rudolf 174,25. Franz-Josef —,—. Dux-Bodenbach —,—. Böhm. Westb. —,—. Elbthalb. 195,25, Tramway 216,70. Buschterader —.—. Oesterr. 5proz. Papier 93,75.

Petersburg, 5. Dez. Wechsel auf London 23⅜, II Orient-Anleihe 92¼, III. Orientanleihe 92⅜. Privatdiskont — pCt. Neue Goldrente 160.

Florenz, 5. Dez. 5pCt. Italien. Rente 91,25, Gold —.

Paris, 5. Dez. (Schluß-Course.) Träge.

3proz. amortisirb. Rente 78,60, 3 prozent. 77,37½. 4½ proz. Rente Anleihe 106,25, Ital. 5proz. Rente 91,45, Oesterreich. Goldrente 82½, 6proz. ungar. Goldrente 103¼, 4 proz. ungar. Goldrente 74⅜, 5 proz. Russen de 1877 93½, Franzosen 661,25, Lombard-Eisenbahn-Aktien 303,75, Lombard. Prioritäten 293,00, Türken de 1865 9,20, Türkenloose 42,25, III. Orientanleihe —.

Credit mobilier 358, Spanier neue 56 3/16, Suezkanal-Aktien 2080, Banque ottomane 648, Credit foncier 1200,00, Egypter 321,00, Banque de Paris 820, Banque d'escompte 506,00, Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,20, 5proz. Rumänisch Anleihe —.

Foncier Egyptien 520,00.

London, 4. Dez. Der Prospekt für eine 5proz. Anleihe für das Kapland im Betrage von 4½ Mill. Pfd. Sterl. ist heute veröffentlicht worden, der Minimal-Emissionskurs beträgt 98 pCt.

In die Bank flossen heute 26,000 Pfd. Sterl.

Aus der Bank flossen heute 50,000 Pfd. Sterl. nach Egypten.

London, 5. Dez. Consols 100⅜, Italien. 5prozentige Rente 90⅜, Lombarden 12 1/16, 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 85½ 5proz. Russen de 1872 85, 5proz. Russen de 1873 84¼, 5proz. Türken de 1865 9, 4proz. fundirte Amerik. 126½, Oesterreichische Silberrente —, do. Papierrente —, 4proz. Ungarische Goldrente 73⅞, Oesterr. Goldrente 82. Spanier 56½, Egypter neue 56⅛, do. unif. 63⅞, Ottomanbank 15⅞, Preuß. 4proz. Consols 101. Ruhig.

Suez-Aktien 82½.

Silber —. Platzdiskont 2¼ pCt.

In die Bank flossen heute 9000 Pfd. Sterl.

Produkten-Kurse.

Köln, 5. Dez. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 19,25, fremder loco 19,50, per Dezember —,—, per März 18,60, Mai 19,00. Roggen loco hies. 15,50, per Dez. —, per März 14,30, per Mai 14,65. Hafer loco 14,00. Rüböl loco 35,50. per Mai 34,70.

Hamburg, 5. Dezember. (Getreidemarkt.) Weizen loco unver., auf Termine fest, per Dez. 176,00 Br., 175,00 Gd., per April-Mai 187,00 Br., 186,00 Gd. — Roggen loco unv., auf Termine fest, per Dez. 132,00 Br., 131,00 Gd., per April-Mai 143,00 Br., 142,00 Gd. — Hafer und Gerste unver. — Rüböl fest, loco 67,50, per Mai 67,00. — Spiritus unv., per Dezember 41½ Br., per Dez.-Jan. 41½ Br, per Jan.-Febr. 41¼ Br., per April-Mai 41¼ Br. — Kaffee sehr fest, Umsatz gering. — Petroleum fest, Standard white loco 8,55 Br., 8,50 Gd., per Dez. 8,50 Gd., per Jan.-März 8,75 Gd. Wetter: Frost.

Bremen, 5. Dez. Petroleum (Schlußbericht) sehr fest. Standard white loco 8,25 bez. u. Käufer, per Jan. 8,40 bez., per Febr. 8,55 Br., März 8,65 Br., April 8,75 Br.

Wien, 5. Dez. (Getreidemarkt.) Weizen per Dez. 9,90 Gd., 9,95 Br., per Frühjahr 10,35 Gd., 10,40 Br. — Roggen per Dez. — Gd., — Br., per Frühjahr 8,55 Gd., 8,60 Br. Mais per Dez. — Gd., — Br., pr. Mai-Juni 7,03 Gd., 7,08 Br. Hafer pr. Dez. — Gd., — Br., Frühjahr 7,58 G., 7,63 Br.

Pest, 5. Dez. (Produktenmarkt.) Weizen loko fest, per Frühjahr 10,00 Gd., 10,01 Br. Hafer per Frühjahr 7,25 Gd., 7,29 Br. Mais per Mai-Juni 6,67 Gd., 6,68 Br. — Kohlraps per August-Sept. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 5. Dez. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine niedriger, per März 258. Roggen loko höher, auf Termine unverändert, per März 161, per Mai 163. — Rüböl loco 38¼, per Mai 38¼, per Herbst —.

Antwerpen, 5. Dez. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loko 21 bez. u. Br., per Jan. 21 bez., 21⅛ Br., per Febr. 21¼ Br., per März 21¼ bez., 21⅜ Br. Ruhig.

London, 5. Dez. Bei der gestern abgehaltenen Wollauktion waren Preise unverändert.

London, 5. Dez. An der Küste angeboten 3 Weizenladungen. Wetter: Kalt.

London, 5. Dez. Havannazucker Nr. 12 21¼ nominell.

London, 5. Dez. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 22,250, Gerste 6730, Hafer 15,290 Qrts.

Weizen ruhig, unverändert, amerikanischer Mais knapp, fest. Andere Artikel träge, williger.

Marktpreise in Breslau am 5. Dezember.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		gute Höchster M. Pf.	gute Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	geringe Waare Höchster M. Pf.	geringe Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	pro 100 Kilog.	20 —	19 —	17 80	17 60	16 60	15 80
dto. gelber		18 30	17 30	16 80	16 30	15 80	14 80
Roggen		15 40	15 20	14 50	14 20	14 —	13 80
Gerste		16 —	14 80	14 —	13 50	13 —	12 80
Hafer		14 10	13 90	13 70	13 50	13 40	13 30
Erbsen		18 30	17 50	17 —	16 —	15 50	15 —

Festsetzg. d. v. d. Handelskammer eingeſ. Kommission		feine M.	feine Pf.	mittel M.	mittel Pf.	ordin. Waare M.	ordin. Waare Pf.
Raps	pro 100 Kilog.	29	50	27	50	25	50
Rübsen, Winterfrucht		29	—	27	—	25	50
dto. Sommerfrucht		28	50	26	50	25	50
Dotter		24	—	22	50	20	50
Schlaglein		22	50	21	—	18	50
Hanfsaat		22	—	21	—	19	50

Kartoffeln, pro 50 Klgr. 3,00—3,25—3,50—3,75 Mark, pro 100 Kg. 6—6,50—7—7,50 Mark pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 Mark. — **Heu**, per 50 Klgr. 3,30—3,50 Mark, — **Stroh**, per Schock à 600 Klgr. 23,00—25,00 Mark.

Breslau, 5. Dezember. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) **Kleesaat** rothe (per 50 Kg.) behauptet, ordinär 45—47, mittel 48—53, fein 54—58, hochfein 59—62. **Kleesaat** weiße (per 50 Kg.) unveränd., ordinär 54—60, mittel 61—75, fein 76—89, hochfein 90—95. — **Roggen** (per 2000 Pfund) höher. Gekündigt. —,— Centner. Abgelaufene Kündigungsscheine —,—, per Dez. 145,50 bez., per Dezember-Jan. 145,50 bez., per April-Mai 148,50 bez. u. Br., per Mai-Juni 149,50 Gd., per Juni-Juli 150,50 Gd. 151,50 Br. — **Weizen** Gekündigt — Centner, per Dez. 188 Br. — **Hafer** Gek. — Ctr., per Dez. 134 Br., per April-Mai 134 Br. — **Raps** Gek. — Centner, per Dez. 300 Br. — **Rüböl** unverändert. Gek. — Ctr, loko in Quantäten à 5000 Kg. 69,00 Br., per Dezember 67,00 Br., per Dez.-Jan. 67,00 Br., per April-Mai 67,00 Br. — **Spiritus** Gekündigt. — Liter. per Dez. 47,80—47,50 bez. Gd., per Dez.-Jan. 47,60 Br. Gd. 1884 per Jan.-Febr. 47,70 Gd., per April-Mai 48,90—48,80 bez. Gd., per Mai-Juni 49,00 Gd., per Juni-Juli 50,00 Br. Gd., per Juli-August 51,00 Gd.
Zink: (per 50 Kilo) fest. Die Börsen-Kommission.

Breslau, 5. Dez., 9½ Uhr Vormittags. [Privatbericht.] Landfuhr und Angebot aus zweiter Hand war mäßig, die Stimmung im Allgemeinen ruhig.

Weizen feine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogramm schlesischer weißer 16,50—19,00—20,30 Mark, gelber 16,25 bis 17,50 bis 18,30 M., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — **Roggen** in sehr ruhiger Haltung, bezahlt wurde per 100 Kilogr. netto 14,30 bis 14,80 bis 15,40 M., feinster über Notiz. — **Gerste** in matter Stimmung, per 100 Kilogramm 13,00—14,00 Mark, weiße 15,50 bis 16,30 Mark. — **Hafer** in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. neuer 13,00 bis 13,50 bis 14,10 Mark, feinster über Notiz bezahlt. — **Mais** ohne Aenderung, per 100 Kilogramm 13,50—14,00—14,50 M. — **Erbsen** schwach zugeführt, per 100 Kilogramm 15,80—17,00—18,80 Mark, Viktoria- 19,00—21,00—22,00 Mark. — **Bohnen** ohne Frage, per 100 Kilogr. 18,00—19,00—20,00 Mark. — **Lupinen** schwacher Umsatz, gelbe per 100 Kilogr. 8,80 bis 9,30 bis 9,60 M., blaue 8,70—9,00—9,50 M. — **Wicken** mehr beachtet, per 100 Kilo 14,00 bis 14,50 bis 15,00 M. — **Oelsaaten** ohne Aenderung. — **Schlaglein** mehr Kauflust, **Schlagleinsaat** per 100 Kilogramm 18,50—21—22,50 M. — **Winterraps**, per 100 Kilogr. 27,00 bis 28,50 bis 29,60 Mark. — **Winterrübsen** per 100 Kilogramm 27,00 bis 28,50 bis 29,25 Mark. — **Sommerrübsen** per 100 Kilogramm 26,00 bis 27,00 bis 28,00 M. — **Rapskuchen** fest per 50 Kilogramm 7,50—7,70 Mark, fremde 7,00 bis 7,40 Mark, per Septbr.-Oktbr. bis — M. — **Leinkuchen** unverändert, per 50 Kilogramm 8,50—8,80 M., fremde 7,40—8,20 M., per Sept.-Okt. bis — M. bez. — **Leindotter** per 100 Kilogr. 21,00—22,00—24,00 Mk. — **Kleesamen** nicht zugeführt, rother, per 50 Kilogramm — M., fremder — M., per Sept.-Okt. — Mark, weißer nicht zugeführt, per 50 Kilogramm — Mark. — **Schwedischer Kleesamen** nicht zugeführt, per 50 Kilogramm — M. — **Tannen-Kleesamen** nicht zugeführt, per 50 Kilogramm — M. — **Thymothee** nicht zugeführt, per 50 Kilogramm — M.

Stettin, 5. Dez [An der Börse.] Wetter: Veränderlich, leichter Schneefall. In letzter Nacht Schneesturm. —0° R., Morgens —2° R. Barometer 28. Wind: NW.

Weizen fester, per 1000 Kilogramm loko gelb undweiß 165 bis 181 M. bez, per Dez. 182 M. nom., per April-Mai 188—189—188,5 M. bez., per Mai-Juni 189,5 M. Gd., 190 M. Br., per Juni-Juli 191,5 bis 191 M. bez., per Juli-August 192 M Gd. — **Roggen** fester, per 1000 Kilo loko inländ. 130—145 M. bez., geringer — M., Russ. — M., per Dezember 141,5—142,5—142 M. bez., per Dez.-Jan. — M., per April-Mai 146,5—147—146,5 M. bez., per Mai-Juni 147 M. bez., per Juni-Juli 147,5 M. Br. u. Gd., per Juli-August — M. bez. — **Gerste** stille, per 1000 Kilo loko Oderbruch, Märkische und Pommersche 133—138 M. bez., Futter- 124 bis 130 M., feine Brau- 144—170 M. — **Hafer** unverändert, per 1000 Kilo loko 126 bis 140 Mk. bez., per Mai-Juni — M., per Juni-Juli — M. — **Winterraps** per 1000 Kilogramm loko — M., geringer — M. bez. — **Winterrübsen** ohne handel, per 1000 Kilogramm — Mark bez., per Dez. — M. bez. — **Rüböl** unverändert, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 66 M. Br., per Dezember 64,25 M. Br., per April-Mai 64,5 M. bez. — **Spiritus** ruhig, per 10,000 Liter-pCt. loko ohne Faß 47,3 M. bez., abgelaufene Anmeldungen — M. bez., kurze Lieferung ohne Faß — M. bez., per Dez. 46,8 M. bez, Br. und Gd., Dez.-Jan. — M., per April-Mai 48,1 M. Br. und Gd., per Mai-Juni 48,7 M. Br. u. Gd. — Angemeldet: — Zentner Weizen, — Zentner Roggen, — Zent. Hafer, — Zentner Rüböl, — Liter Spiritus, — Zentner Petroleum. — Regulirungspreise: Weizen 183 M., Roggen 142 M., Hafer — M., Rübsen — M., Rüböl 64,25 M., Spiritus 46,8 M. — **Petroleum** loko 8,75 M. transf. bez., Regulirungspreis 8,75 M. tr., alte Usanz 9,3 bis 9,35 M. transf. bez. (Ostsee-Ztg.)

Produkten-Börse.

Berlin, 5 Dez. Wind: NO. — Wetter: Leichter Frost bei klarem Himmel.

Wieder lauteten heute die auswärtigen Nachrichten nichts weniger als günstig und, was nicht ohne Werth, die Witterung schickt sich endlich an, der Jahreszeit angemessen zu werden. Trotzdem aber erhielt sich im heutigen Verkehr für die meisten Artikel feste Stimmung.

Loko-Weizen behauptet. Termine setzten unter dem Einflusse der wenig anregenden auswärtigen Berichte matt ein, waren jedoch, mäßiger Deckungsfrage gegenüber so schwach angeboten, daß sie durchgängig etwas theurer bezahlt werden mußten und fest schlossen.

Loko-Roggen ging hauptsächlich für Platzmüllerei zu festen Preisen mäßig um. Auf Termine wirkten die frostige Witterung und Käufe der Mühlen recht günstig, zumal die Platzspekulation regen Deckungsbegehr entwickelte. Obgleich nun in Folge diverser Ankäufe effektiver Waare reichliches Angebot vorhanden war, kam dieses doch schlank unter und schloß namentlich nahe Lieferung merklich theurer als gestern. Gehandelt wurde von der Russischen Ostsee prompt a 131 bis 131½ M. Ein Dampfer Taganrog, Gibraltar passirt a 126½ M., ein dito Türkisch a 127½ M., ein dito Schwarzes Odessa a 127¾ M. und endlich eine Ladung Nikolajewo 127½ M. Alles cif. Kontinent.

Hafer in loko und auf Termine etwas fester. Roggenmehl nahe Lieferung besser. Mais behauptet. Rüböl bei mäßigem Handel etwas theurer. Petroleum gut behauptet. Spiritus in effektiver Waare reichlich zugeführt, notirte etwas niedriger. Termine bekundeten matte Haltung und stellten sich durchgängig ein Geringes billiger, schlossen auch kaum fester.

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loko 165—212 Mark nach Qual., gelbe Lieferungsqualität 179,5 Mark, feiner gelber — ab Bahn bez., abgelaufene Kündigungsscheine —, per diesen Monat — bez., per Dez. 1883 bis Jan. 1884 — bez., per April-Mai 186,75 bis 187,5 bez., per Mai-Juni 189 bez., per Juni-Juli — bez. Durchschnittspreis — M. — Gekündigt — Zentner.

Roggen per 1000 Kilogramm loko 140—159 nach Qualität, Lieferungsqualität 147,5 M., russischer 147,5—148,5 M. ab Kahn bez., inländischer feiner — M. frei Wagen bez., guter mittel — ab Bahn bez., alter — ab Boden bez., geringer — bez., abgelaufene Anmeldungen — bez., per diesen Monat und per Dezember 1883 bis Jan. 1884 147—148 bez., per Jan.-Feb. 148,25 bis 147,35 bis 148,5 bez., per April-Mai 149,75—149,25—150 bez., per Mai-Juni 150 bis 149,5 bis 150,25 bez., per Juni-Juli 150,5—151 bez., Durchschnittspreis — M. — Gekündigt 7000 Zentner.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 135—200 M. nach Qualität, schlesische — ab Bahn bez., Oderbrucher — bezahlt, Futtergerste — bez., rumänische Brenngerste — bez.

Hafer per 1000 Kilogr. loko 124—162 n. Qual., Lieferungsqualität 126,5 M., pommerscher mittel 135—140 M. bez., russischer guter 135—138 bez., feiner 142—148 bez., preußischer mittel 130—134 bez., guter 135—142 bez., schlesischer guter — M. bez., mittel — bez., geringer — bez., hochfeiner — bez., ordinär — bez., abgel. Kündigungsscheine — verk.. per diesen Monat u. per Dez.-Jan. 126,5—127 M. bez., per April-Mai 132,5 bez., per Mai-Juni 133—132,75 nom., per Juni-Juli 134 bez. Durchschnittspreis M. — Gekündigt — Zentner.

Mais loko 138—143 nach Qualität, per diesen Monat — M., per April-Mai — bez., per Nov.-Dez. — M. bez., Amerikanischer — M. bez., Donau — M. ab Boden bez. — Gekündigt — Zentner. Durchschnittspreis — M.

Erbsen Kochwaare 180—230, Futterwaare 156—173 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Sack. Loko 22,00—23,00 nach Qual. bez., per diesen Monat — Br. und Gd., per Dez., bez., per Dez.-Januar, per Jan.-Febr. u. per Febr.-März 21,50 Gd., per März-April — Gd., per April-Mai 21,75 Gd. Durchschnittspreis — M.

Feuchte Kartoffelstärke pro 100 Kilogramm brutto inkl. Sack. Loko 11,10 Gd., per diesen Monat 11,10 Gd., per Dez.-Jan., per Jan.-Febr. und per Febr.-März — Br.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert inklusive Sack per diesen Monat und per Dez.-Jan. 20—19,90 bez., per Jan.-Febr. 20,25—20,20 bez., per Febr.-März 20,50—20,40 bez., per April-Mai 20,60—20,70 bez., per Mai-Juni — bez. — Gekündigt 1000 Zentner. — Durchschnittspreis — M.

Weizenmehl Nr. 00 26,50—24,75, Nr. 0 24,75—23,00, Nr. 0 u. 1 22,00 bis 20,00.

Roggenmehl Nr. 0 21,50—20,50, Nr. 0 u. 1 20,00 bis 18,50 M.

Rüböl per 100 Kilogramm loko mit Faß — M. bez., ohne Faß — bez., per diesen Monat und Dezember-Januar 64,8—65,0 bez., per Jan.-Febr. — bez., per Jan allein — bez., per Febr. allein — bez., per April-Mai 65,5 bez., per Mai-Juni — bez. — Abgel. Anmeldungen — bez. Gekündigt 1000 Zentner. Durchschnittspreis — M.

Petroleum, raffinirtes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß in Posten von 100 Klogr., loko 26,2 bez., per diesen Monat und per Dez.-Jan. 25,9 M., per Jan.-Febr. 26,0 bez., per Febr.-März 26,2 bez. — Gekündigt — Zentner. Durchschnittspreis — M.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 48,4—48,3 bez., loko mit Faß — bez., abgelaufene Anmeldungen —, mit leihweisen Gebinden — bez., ab Speicher — bez., frei ins Haus — M., per diesen Monat 48,0—47,7—48 bez., per Dez.-Jan. 47,9—47,7—47,8 bez., per Jan.-Febr. 47,9—47,7—47,8 bez., per Febr.-März — bez., per März-April — bez., per April-Mai 49,0 bis 48,8 bis 48,9 bez., per Mai-Juni 49,2—49,1 bez., per Juni-Juli 50 bez. — Gekündigt — Liter. Durchschnittspreis — M.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 5. Dez. Die heutige Börse eröffnete in wenig fester Haltung und mit meist wenig veränderten Koursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden weniger günstigen Tendenzmeldungen gewannen hier keinen nachhaltigen Einfluß auf die Stimmung. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs schwächte sich auch hier die Haltung etwas ab und das Geschäft, welches anfangs sich ziemlich lebhaft gestaltet hatte, erlahmte später gleichfalls.

Der Kapitalsmarkt bewahrte feste Haltung für heimische solide Anlagen, während fremde, festen Zins tragende Papiere ihren Kursstand zumeist ziemlich behaupten konnten.

Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige hatten bei zumeist festen Kursen mäßige Umsätze für sich.

Der Privatdiskont wurde mit 3 pCt. G. notirt.

Auf internationalem Gebiet hatten Oesterreichische Kreditaktien Anfangs bei steigender Tendenz ziemlich belangreiche Abschlüsse für sich, gaben aber später wieder etwas nach und wurden ruhiger; Franzosen und Lombarden waren fest und mäßig lebhaft; andere österreichische Bahnen ziemlich fest und ruhig.

Von den fremden Fonds waren 1880er Russen und Russische Noten schwächer, Ungarische Goldrente und Italiener behauptet.

Deutsche und preußische Staatsfonds fest und ruhig, inländische Eisenbahn-Prioritäten mehr gefragt und fester.

Bankaktien ziemlich fest und ruhig, Diskonto-Kommanditantheile Deutsche, Darmstädter Bank höher und belebt.

Industriepapiere fest und theilweise belebt, Montanwerthe vielfach höher und lebhaft.

Inländische Eisenbahn-Aktien fest und ziemlich lebhaft, Ostpreußische Südbahn belebt und fester, Mecklenburgische etwas höher.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wechsel-Kurse.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	3½	
Brüss. u. Antwerpen 100 Fr. 8 T.	3½	
London 1 Lstr. 8 T.	3	
Paris 100 Fr. 8 T.	3	
Wien, öst. Währ. 8 T.	4	169,10 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	6	196,90 bz
Warsch. 100 R. 8 T.	6	197,25 bz

Geldsorten und Banknoten.

Sovereigns pr. St.	
20-Francs-Stück	16,17 G
Dollars pr. St.	
Imperials pr. St.	
Engl. Banknoten	20,40 bz
Französ. Banknot.	81,20 bz
Oesterr. Banknot.	169,30 bz
Russ. Noten 100 R.	197,75 bz

Zinsfuß der Reichsbank.

Wechsel 4 pCt., Lombard 5 pCt.

Fonds- und Staats-Papiere.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	101,80 bzG
Konf. Preuß. Anl.	4½	102,60 bzG
do. do.	4	101,50 B
Staats-Anleihe	4	101,25 G
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Kur- u. Neum. Schlv.	3½	99,00 bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102,80 bzG
do. do.	4	101,10 bz
do. do.	3½	97,25 bz
Pfandbriefe		
Berliner	5	107,75 bz
do.	4½	105,00 G
do.	4	101,00 bz
Landschaftl. Zentral	4	101,30 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	96,30 bz
do. neue	3½	93,40 bz
do.	4	101,40 B
N. Brandenb. Kredit	4	
Ostpreußische	3½	91,75 G
do.	4	101,10 G
Pommersche	3½	91,20 G
do.	4	101,50 bzG
do.	4½	101,75 G
Posensche neue	4	100,70 G
Sächsische	4	101,10 G
Schlesische altland.	3½	94,75 bz
do. Lit. A.	3½	
do. neue II.	4½	
Westpr., rittersch.	3½	91,50 bz
do. do.	4	102,10 G
do. Neuldsch. II.	4	100,90 bzG
do. do. II.	4½	
Rentenbriefe.		
Kur- u. Neumärk.	4	100,80 bz
Pommersche	4	100,80 G
Posensche	4	100,90 B
Preußische	4	100,80 G
Rhein. u. Westf.	4	100,80 G
Sächsische	4	100,80 G
Schlesische	4	101,00 G

Bayer. Anl. 1875	4	101,60 B
Brem. do. 1880	4	101,00 bz
Hamb. St.-Rente	3½	89,50 B
Sächs. do.	3	81,00 G

Pr. Pr.-Anl. 1855	3½	136,25 B
Hess. Pr.-Sch. 40 T.	—	291,90 B
Bad. Pr.-Anl. 1867	4	130,75 bzG
do. 35 Fl.-Loose	—	228,50 bz
Bayer. Präm.-Anl.	4	132,80 bz
Brnschw. 20 Thlr.-L.	—	96,25 G
Cöln-Mind. Pr.-A.	3½	124,90 B
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	123,10 G
Dtsch. G. P.-Pfdb. I.	5	117,75 bzG
do. do. II. Abth.	5	115,25 bz
Hamb. 50 Thl.-Loose	3	
Lüb. 50 Thlr.-Loose	3½	180,50 B
Mein. 7 Fl.-Loose	—	27,20 G
Mein. H. Pr.-Pfdbr.	4	116,90 bz
Oldenb. 40 Thlr.-L.	3	145,50 bzB

Ausländische Fonds.

Newyork. St.-Anl.	6	129,80 G
do. do.	7	
Finnländ. Loose	—	47,50 bz
Italienische Rente	5	90,30 bzB
do. Tabaks-Obl.	6	
Oest. Gold-Rente	4	83,20 bz
do. Papier-Rente	4½	66,50 G
do. do.	5	
do. Silber-Rente	4½	66,80 bzB
do. 250 Fl. 1854	4	
do. Kreditl. 1858	—	317,00 bz
do. Lott.-A. 1860	5	117,80 bzG
do. do. 1864	—	310,50 G
Pester Stadt-Anl.	6	89,00 G
do. do. kleine	6	89,25 G
Poln. Pfandbriefe	5	61,25 bzG
do. Liquidat.	4	54,30 bzG
Rum. mittel	8	109,60 bzG
do. kleine	8	109,80 G
do. St.-Obligat.	6	102,10 bz
do. Staats-Obl.	5	98,80 bz
Russ. Engl. Anl. 1822	5	85,10 bz
do. do. 1862	5	85a84,90 bz
do. do. kleine	5	85,10 bz
do. kons. Anl. 1871	5	85,80 bz
do. do. kleine	5	85,80 bz
do. do. 1872	5	85,80 bz
do. do. 1873	5	85,80 bz
do. Anleihe 1877	5	91,70 bz
do. do. 1880	4	71a71,10 bzG
do. Orient-Anl. I.	5	56,10 G
do. do. II.	5	55,40a50 bz
do. do. III.	5	56,30 bzG
do. Poln. Schatzobl.	4	84,20 bzB
do. Pr.-Anl. 1864	5	134,00 bz
do. do. 1866	5	128,10 bzG
do. Boden-Kredit	5	85,20 ebzB
do. Ztr. B.-Kr.-Pf.	5	74,75 ebzB
Schwed. St.-Anl.	4½	103,00 bzG
Türk. Anl. 1865	fr.	abg. 9,60 B
do. Loose vollg.	fr.	35,00 bz
Ung. Goldrente	6	101,70a60ebG
do. do.	4	73,70ea60ebG
do. Gold-Inv.-Anl.	5	95,10 G
do. Papierrente	5	71,90 G
do. Loose	—	223,50 bz
do. St.-Eisb.-Anl.	5	98,50 B

Hypotheken-Certifikate.

D. G.-C. B. Pf rz. 110	5	108,75 G
do. IV. rückz. 110	4½	104,50 B
do. V. do. 100	4	96,20 bz
D. H. B. P IV. V. VI.	5	103,80 G
do. do. do.	4½	102,50 G
Krupp. Obl. rz. 110	5	111,25 bz
Nordd. Grund-K.	5	100,20 bz
Pomm. H.-B. I. 120	5	110,40 G
do. II. u. IV. rz. 110	5	106,75 bzG
do. III. V. u. VI. 100	5	100,50 B
do. II. rz. 110	4½	102,25 G
do. III. rz. 100	4½	99,70 bz
Pr. B.-Kr.-B. unkb.		
Hyp.-Br. rz. 110	5	110,80 bz
do. rz. 115	4½	108,80 G
do. II. rz. 100	4	97,25 bz
P. C. Pfb. unk. rz. 110	5	115,25 G
do. rz. 110	4½	109,30 G
do. rz. 100	4½	103,80 G
do. 1880, 81 rz. 100	4	99,80 G
P. H.-A.-B. I. rz. 120	4½	108,00 G
do. VI. rz. 110	5	109,00 bzG
do. VII. rz. 100	4½	101,50 bzG
do. VIII. rz. 100	4	98,50 bzG
P. H.-V.-A. G. Cert.	4½	101,80 bzG
Schl. Bodkr.-Pfbr.	5	103,30 G
do. do. rz. 110	4½	107,30 G
do. do.	4	99,30 G
Stett. Nat.-H.-K. G.	5	100,60 B
do. do. rz. 110	4½	104,00 bzG
do. do. rz. 110	4	98,60 bzG

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien.

Dividenden pro 1882.

Aachen-Mastricht	2½	53,50 bz
Altona-Kieler	9½	239,20 G
Berlin-Dresden	0	15,90 G
Berlin-Hamburg	19½	395,80 bzG
Bresl.-S.-Frbg.	4½	118,70 bz
Dortm.-Gron.-E.	2½	62,30 bzG
Halle-Sor.-Gub.	0	34,00 bzG
Mainz-Ludwgsh.	3¾	107,90 bzG
Marnb.-Mlawka	6	91,50 bz
Mckl. Frdr. Franz.	8½	203,50 bz
Münst.-Enschede	0	9,50 B
Nordh.-Erf. gar.	0	28,00 bzG
Obschl. A. C. D. E.	11½	275,40 bz
do. (Lit. B. gar.)	11½	201,70 bzB
Oels-Gnesen	0	21,30 G
Ostpr. Südbahn	4	130,80 bzG
Posen-Creuzb.	0	29,00 bzG
R.-Oder-U. Bahn	8½	194,40 G
Starg. Posen gar.	4½	102,40 bz
Tilsit-Insterburg	0	21,00 G
Weim.-Gera (gr.)	4½	35,25 bz
do. 2½ konv.	2½	26,10 G
do.	0	19,90 bz
Werra-Bahn	—	105,90 bzB

Albrechtsbahn	1½	28,60 B
Amst.-Rotterdam	7½	146,75 bz
Aussig-Teplitz	14½	259,00 bz
Baltisch (gar.)	3	53,20 B
Böh. Westb. (gar.)	7½	126,25 bz
Dux-Bodenbach	7½	144,10 bz
Elis. Westb. (gar.)	5	95,10 bz
Franz Jos.	5	85,00 bzB
Gal. (C.-L.-B.) gr.	7,74	122,10 bz
Gotthardb. 95½	2½	94,00 bzB
Kasch.-Oderb.	4	60,50 G
Kpr. Rudlfsb. gar.	4½	73,25 bzG
Lüttich-Limburg	0	8,60 G
Oest. Fr. St.	6½	
Oest. Ndwb.	4	311,00 bz
do. B. Elb.	5	335,00 bz
Reichenb.-Pard.	—	60,90 B
Russ. Stsb. (gar.)	7,38	124,90 bzG
Russ. Südb. (gar.)	5	57,00 B
Schweiz. Unionsb	0	40,25 G
do. Westbahn	0	12,00 bzB
Südöst. p. S. i. M.	1	237,50 bz
Turnau-Prager	5	
Ung.-Galiz.	5	66,90 bz
Vorarlberg (gr.)	5	82,50 G
War.-W. p. S. i. M.	5½	215,00 bzG

Angerm.-Schw.	1½	38,00 bz
Berl. Dresd. St. P.	—	44,25 bzG
Bresl.-Warsch „	2½	68,50 bzG
Hall.-S.-Gub. „	5	115,75 bzG
Marienb. Mlawka	5	116,25 G
Münst.-Enschede	0	23,00 B
Nordh.-Erfurt „	4	106,50 bzG
Oberlausitzer „	0	68,00 bzG
Oels-Gnesen „	2	73,00 bzG
Ostpr. Südb. „	5	119,90 bzG
Posen-Creuzb.	3½	99,90 bzG
R. Oderuf. St.-P.	8½	193,40 G
Saalbahn „	2½	94,90 bzG
Tilsit-Insterb. „	4	100,00 G
Weimar-Gera „	0	59,75 bzG

Dux-Bodenb. A.	7½	143,00 G
do. do. B.	7½	143,00 G

Vom Staate erworbene Eisenb.

Berl.-Stett. St. A.	4½	abg. 118,10 G

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.

Berg. Märk. II. S.	4½	103,20 G
do. III. S. v. St. 3½ g.	3½	94,50 bzG
do. VIII. Ser.	4½	102,90 bz
do. IX. Ser.	5	103,20 bz
Berlin-Anh. A. u. B.	4½	102,80 G
Berlin-Dresd. v. St.	4½	103,00 G
Berl.-Görlitzer kon.	4½	103,00 B
do. Lit. B.	4½	103,09 B
Berl.-Hamb. I. II. E.	4	100,60 G
do. III. konv.	4½	102,90 G
Berl.-P.-Mgd. A. B.	4	
do. Lit. C. neue	4	100,70 G
do. Lit. D. neue	4½	102,90 G
Berl.-St. II. III. VI.	4	101,00 B
B.-Schw.-F. D. E. F.	4½	102,70 bzG
do. Lit. G.	4½	102,70 bzG
do. Lit. H.	4½	102,70 bzG
do. Lit. I.	4½	102,70 bzG
do. Lit. K.	4½	102,70 bzG
do. de 1876	5	103,20 bzB
do. de 1879	5	104,00 B
Cöln-Mind. 3½ g. IV.	4	101,00 G
do. V. Em.	4	100,90 bzG
do. VI. Em.	4½	104,75 bz
do. VII. Em.	4½	102,90 bz
Hll.-S.-G. St. A. B.	4½	103,00 G
do. Lit. C. g.	4½	103,00 G
Märk.-Pos. konv.	4½	
Magd.-Leipz. Pr. A.	4½	104,80 B
do. do. Lit. B.	4	101,00 B
Magd.-Wittenberge	4½	
do. do.	3	85,00 bz
Mainz-Ludw. 68-69	4½	100,50 B
do. do. 1875 1876	5	103,20 G
do. do. I. II. 1878	5	103,20 G
do. do. 1881	4	
Niedersch.-Mrk. I. S.	4	100,10 G
do. II. S. à 62½ Thl.	4	100,10 G
N.-M., Obl. I. II. S.	4	100,80 B
do. III. Ser.	4	
Nordh.-Erfurt I. E.	4½	
Oberschl. Lit. A.	4	
do. Lit. B.	3½	
do. Lit. C. u. D.	4	100,75 G
do. gar. Lit. E.	3½	94,75 G
do. gar. 3½ Lit. F.	4½	103,00 B
do. Lit. G.	4½	
do. gar. 4% Lit. H.	4½	103,00 B
do. Em. v. 1873	4	100,90 bz
do. do. v. 1874	4½	103,00 B
do. do. v. 1879	4½	105,20 B
do. do. v. 1880	4½	102,90 G
do. Niederschl. Zwgb.	3½	
do. (Starg.-Posen)	4	
do. II. u. III. Em.	4½	
Oels-Gnesen	4½	
Ostpr. Südb. A. B. C.	4½	102,50 G
Posen-Creuzburg	5	
Rechte Oderufer	4½	102,70 bzG
Rheinische	4	
Rh.-Nahe v. S. g. I. II.	4½	
Thüringer I. Serie	4	100,75 G
do. II. Serie	4½	102,70 G
Weimar-Geraer	4½	
Werrabahn I. Em.	4½	

Aachen-Mastrichter	4	96,70 bzB
Albrechtsbahn gar.	5	81,70 bz
Donau-Dmpf. Gold	4	95,10 G
Elis.-Westb. 1873 g.	5	
Gal. C.-Ludwgsb. g.	4½	83,30 G
Gömör. Eisenb. Pfb.	5	100,50 B
Kais.-Ferd.-Nordb.	5	90,30 G
Kasch.-Oderb. gar.	5	82,50 bzG
Kronpr.-Rud.-B. g.	5	85,00 B
do. 1869er gar.	5	85,00 B
do. 1872er gar.	5	85,00 B
Lemb.-Czernow. gr.	5	80,80 G
do. gar. II. Em.	5	84,75 bzG
do. gar. III. Em.	5	81,20 G
do. IV. Em.	5	80,40 B
Oest.-F. S., alt g. St.	3	383,25 bzG
do. do. gar. 1874 do.	3	374,25 G
do. Ergzungsn. g. do.	3	367,00 bzG
Oest.-Franz. Stsb.	5	103,75 G
do. II. Em.	5	103,75 G
Oest. Nordwb., gar.	5	86,30 G
Oest. Lit. B. (Elbeth.)	5	86,60 G
Raab-Graz (Praml.)	4	
Reich.-P. (S.-N. B.)	5	85,50 G
Schweiz Ctr. N. O. B.	4½	
Sdöst. Bahn (Lomb.) 100 F. = 80	3	292,25 bzG
do. do. neue M.	3	292,25 bzG
do. Obligat. gar.	5	102,00 bzG
Theißbahn	5	86,00 G
Ung.-G. Verb.-B. g.	5	80,00 G
Ung. Nordostb. gar.	5	76,90 G
do. Ostb. I. Em. gar.	5	76,90 G
do. do. II. Em. gar.	5	95,90 bzG
Vorarlberger gar.	5	86,90 G

Kasch.-Od. g. G. Pr.	5	100,70 B
Oest. Nrdw. Gld.-P.	5	103,25 bzG
Reich.-P. Gold.-Pr.	5	102,00 B
Ung. Nrdostb. G.-P.	5	98,60 G

Brest-Grajewo	5	88,25 G
Chark.-Asow gar.	5	94,50 G
Chark.-Krement. g.	5	92,80 G
Gr. Russ. Eisb.-G.	3	66,10 G
Jelez-Orel gar.	5	93,70 G
Jelez-Woronesch g.	5	
Koslow-Woronschg.	5	99,50 G
do. Obligationen	5	83,20 bz
Kursk-Charkow gar.	5	93,70 G
Kursk-Chark.-Asow	5	84,80 bz
Kursk-Kiew gar.	5	101,40 bzB
do. kleine	5	101,60 bz
Losowo-Sewastopol	5	75,50 bz
Mosco-Rjäsan gar.	5	103,70 G
Mosco-Smolensk g.	5	96,60 bz
Orel-Griasy	5	79,40 bz
Rjäsan-Koslow. g.	5	101,25 bz
Rjaschk-Morczsk. g.	5	92,40 B
Rybinsk-Bologoye	5	82,90 bz
do. II. Em.	5	72,00 G
Schuja-Iwanowo g.	5	94,90 B
Warschau-Teresp. g.	5	95,10 bz
Warschau-Wiener II.	5	102,25 G
do. III. Em.	5	101,30 G
do. VI. Em.	5	99,25 bz
Zarskoe-Selo	5	65,50 G

Bank-Aktien.

Dividende pro 1882.

Badische Bank	6½	120,25 B
B. f. Sprit u. Prd.	5½	74,25 G
Berl. Kassenver.	10	abg 135,00 bzG
do. Handelsges.	0	
do. Prd. u. Hnd.	4½	94,00 bzG
Braunschw. Krdb.	6	105,75 G
do. Hypothek.	5	85,50 B
Bresl. Disk.-Bank	5½	89,50 G
do. Wechslerb.	6½	100,00 bzG
Danziger Privb.	6½	115,50 G
Darmst. Bank	8½	154,00 bzG
do. Zettelbank	5½	111,60 G
Deutsche Bank	10	145,60 G
do. Effekt. Hahn	10	129,25 G
do. Genossensch.	7½	126,10 G
do. Hp.-Bk. 60% B.	5	88,75 bzG
Diskonto-Komm.	10½	187,00 bzG
Dresdener Bank	8	123,00 G
Dortm. Bkv. 50%	5	97,00 G
Eff.-Maklbk. 50%	14	106,00 G
Goth. Grundkrdb.	4	66,75 bzG
do. do. neue 40%	4	76,75 bzG
Hamb. Komm. Bk.	7½	127,60 G
Landw. B. Berlin	0	88,50 G
Leipz. Krd.-Anst.	9½	168,40 G
Leipz. Disk.	7	105,25 G
Magd. Privatb.	6	114,00 G
Meckl. Hyp.-Bank	5½	96,10 G
Meininger Kredit	5½	93,40 bzG
do. Hyp.-B. 40%	4½	91,50 bzB
Nat.-B. f. D. 50%	8½	96,75 bzG
Niederlaus. Bank	6½	91,00 G
Nordd. Bank	5½	151,00 G
Nordd. Grundkb.	0	37,75 bzG
Oest. Krd. A. p. St.	9½	479,00 ebzG
Oldenb. Spar-B.	15	163,00 B
Petersb. Dis.-B.	15	109,50 bzB
Petersb. It. B.	12½	88,75 G
Pomm. Hyp.-Bk.	0	51,10 G
Posener Prov.	7½	121,00 G
Pos. Landw. B.	5	75,25 bz
Pos. Sprit-Bank	5	79,25 bz
Preuß. Bodnk.-B.	6½	99,25 bzG
Pr. Cntr. Bd. 40%	8½	126,50 bzG
Pr. Hyp.-Akt.-Bk.	5	87,25 bzG
Pr. H. B. A. G. 25%	4	92,00 B
Pr. Imm.-B. 80%	8	108,00 G
Reichsbank	7,5	149,50 bzB
Rostocker Bank	5½	100,25 G
Sächsische Bank	5½	123,70 B
Schaffh. B.-Ver.	4	90,00 G
Schles. Bank-B.	6	109,25 G
Südd. Bod. Kred.	6½	131,75 B
V.-B. Hamb. 40%	8	
Warsch. Kom.-B.	9½	77,50 G
Weimar. Bk. konv.	5	87,75 B
Württ. Vereinsb.	7½	128,25 G

Industrie-Aktien.

Dividende pro 1882.

Bochum-Brwk. A	0	86,50 bzG
Donnersm.-H.	3½	62,50 bzG
Dortm. Union	0	24,10 B
do. St. Pr. A. L. A.	5	83,10 bz
do. Part.-O. rz. 110	5	107,60 bz
Gelsenk. Bergw.	7	123,90 bzG
Georg. Marienh.	5	72,00 bzB
do. Stamm-Pr.	5	81,50 B
Görl. Eisenbahnb.	12	144,40 bzG
Gr. Berl. Pferdeb.	8½	190,50 bzG
Hartm. Maschin.	6	121,25 B
Hib. u. Sham.	5½	100,25 bzG
Hörd. H.-B. konv.	—	76,50 bz
Königin Marienh.	4½	69,75 bzG
Lauchhammer	2	41,00 G
Laurahütte	8	114,10 bz
Luise Tiefbau	2½	47,75 bzG
Oberschl. E.-Bed.	3	59,50 bzG
Phönix Bergw.	6	89,00 B
do. do. Lit. B.	0	35,00 bzG
Schering	12	159,75 bzG
Stolberger Zink	1	20,70 bz
Westf. Drht.-Ind.	9	112,00 G

Berl. Holz-Compt.	6½	95,00 bzG
do. Immob.-Ges.	4½	85,00 B
do. Viehmarkt	0	12,25 bzG
Berzelius Bgwk.	8	103,75 ebzG
Borussia, Bgwk.	3	132,00 bzG
Brauer. Königst.	0	70,00 bzG
Bresl. Oelfabr.	4½	55,00 B
do. Straßenb.	5½	124,00 B
do. Wagg.-Fabr.	9½	146,25 bzG
do. Wg. (Hoffm.)	10	140,50 G
Egells Maschfbr.	0	
do. do. Oblig.	—	
Erdmannsd. Sp.	0	78,00 G
Glauzig. Zuckerf.	8½	94,25 bzG
Inowr. Steinsalz	8	75,00 bzG
Körbisd. Zuckerf.	9½	150,00 ebzG
Marienh. Kotz.	0	37,50 G
Masch. Wöhlert	0	
Oelh. Pet.-Ind.	—	29,00 bzG
Pluto, Bergwerk	0	68,00 bzG
Redenhütte konf.	10	104,75 G
do. Oblig.	6	111,75 bz
Schles. Kohlenw.	4	
do. Lein. Kramst.	6½	115,00 bzG
Westf. Un. St. Pr.	3	62,75 G

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (Emil Röstel) in Posen.